

Kämpfen für mehr Bildung

Der Putz rieselt von der Decke, Schimmel an den Wänden, in der Toilette muss man durch Pfützen waten, eine Ratte huscht durch den Flur. Was ist das? Ein Slum in den USA? Nein, das ist eine ganz gewöhnliche Schule in einer ganz gewöhnlichen Stadt in Deutschland. In den Schulatlanten sind noch die Staatsgrenzen der DDR eingezeichnet. Der Raum mit Computern ist abgeschlossen und darf mangels Aufsichtspersonal nur einmal in der Woche benutzt werden.

Kim Oppenoorth, Köln

Die Industrie will mehr Bildung und beklagt sich über Fachkräftemangel, nicht nur in der IT-Branche (Informationstechnologie). Politiker aller etablierter Parteien klagen sich gegenseitig an, Schuld an der Bildungsmisere zu sein. Alle wollen angeblich mehr Bildung für den „Wirtschaftsstandort Deutschland“, trotzdem tut sich nix. Woran liegt das?

Die Unternehmer in Deutschland tönen zwar laut. Sie sind aber nicht bereit auch nur eine müde Mark ihrer Profite für Bildung zu „opfern“. Trotz großer Versprechungen im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit“ haben sie keine neuen Lehrstellen geschaffen, sondern 13.300 Stellen abgebaut. Im April dieses Jahres sind 30.000 Jugendliche ohne einen Ausbildungsplatz. Diese Zahl wäre noch höher ausgefallen, wenn nicht noch neue staatliche Hilfsprogramme aufgelegt worden wären. Die betriebliche Ausbildung käme, laut Bildungsministerin Bulmahn, jedoch in speziellen Bereichen in Schwung. Überdurchschnittliche Steigerungsraten seien in der IT-Branche zu sehen. Doch gerade in diesem Bereich sprechen die Zahlen eine klare Sprache: von 47.000 Absolventen in diesem Bereich sind nur 7000 von Privatunternehmen ausgebildet worden. Den Großteil trägt der Staat. Man sieht, Appelle an die Wirtschaft bringen soviel wie Ansprachen an eine Betonwand.

Außerdem sehen die Bildungsvorstellungen der Unternehmer anders aus, als die der Allgemeinheit. 53 Prozent der Bevölkerung sprechen sich laut Meinungsforschungs-Institut Forsa gegen Studiengebühren aus. In Sachsen lehnten 55 Prozent den Satz ab: „Wer studiert, soll auch was dafür bezahlen.“ Die Wirtschaft in Deutschland hält diesen Satz für korrekt und übt Druck in diese Richtung aus. Außerdem möchte sie nicht, dass breite Kreise gefördert werden. So viele gutausgebildete Menschen möchten sie nun auch wieder nicht. Eine kleine Elite soll hochgezüchtet werden. Der Rest kann dumm aus der Wäsche gucken.

Bildung für alle

Während des ganzen vergangenen Jahrhunderts sind Kämpfe um den Zugang zu Bildung geführt worden. Wir dürfen uns diese erkämpften Verbesserungen nicht am Anfang des 20. Jahrhunderts abnehmen lassen. ArbeitnehmerInnenhaushalte erwirtschaften ein Lohnsteueraufkommen von etwa 260 Milliarden DM. Die Profite der Unternehmen werden allein von den ArbeitnehmerInnen erwirtschaftet. Dieses Geld darf nicht länger Privatsache sein, dieses Geld muss in die Ausbildung gesteckt werden. Die Unternehmer haben bewiesen, dass sie und ihre Marktgesetze in keiner Weise in der Lage sind, den Bedürfnissen nach einer umfassenden Allgemeinbildung und weitergehende Qualifizierung gerecht zu werden, weder in den Schulen noch im betrieblichen Bereich noch an den Unis. Bildung muss raus aus Unternehmerhand. Sie muss unabhängig und unter demokratischer Kontrolle von Lernenden, Gewerkschaften und Staat organisiert sein. Bildung darf nicht vermarktet werden. Das Recht auf Bildung, unabhängig vom Portemonnaie, muss wieder erkämpft werden.

Bildung ist ein Recht, kein Privileg:

Schulen

- ★ Keine Abiturverschärfungen sondern Rücknahme aller Verschlechterungen der letzten Jahre
- ★ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen
- ★ Bereitstellung von öffentlichen Geldern zur Sanierung der Schulgebäude und für Lehrmittel
- ★ Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- ★ Schulleitung und Festlegung der Lehrinhalte durch gewählte VertreterInnen von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern



gen durch Studierende und Hochschulangehörte aus ihrer Mitte

Hochschulen

- ★ Nein zu Studiengebühren
- ★ Verdoppelung des Bildungshaushaltes auf 30 Milliarden DM jährlich zur Verbesserung der Studienbedingungen. (Personal, Räume, Lehrmittel)
- ★ Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien Bafög von 1600 DM monatlich
- ★ Nein zu allen Hochschulzugangsbeschränkungen
- ★ Demokratisch gewählte Hochschulleitungen

Ausbildung

- ★ Einen guten und qualifizierten Ausbildungsplatz für jedeN und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen
- ★ Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren
- ★ Ausbildung unter demokratischer Kontrolle der Azubis, Gewerkschaften und Staat

Fakten zum Bafög

- In den 70er Jahren erhielten 40 Prozent der Studierenden Bafög, heute 13 Prozent
- 1993 wurden 408.000 Studierende durch Bafög gefördert, 1998 nur noch 225.000
- Von den 1, 8 Millionen Studierenden bekommen nur 30.000 die volle Bafög-Förderung
- Die durchschnittliche Förderung betrug 1998 im Westen 637 im Osten 594 DM
- Die Gesamtausgaben für Bafög sind von 3,9 Milliarden DM (1991) auf heute 2,3 Milliarden DM gesunken. Die jüngst beschlossene „Reform“ sieht eine Aufstockung um lediglich 500 Millionen DM vor.

Greencard

Wem nützt sie wirklich?

Seite 3

Tarifrunde

Proteste gegen Abschlüsse

Seite 4

Fusionsfieber

Kapitalistische Wirtschaft ist krank

Seiten 6 und 7

Lateinamerika

Bolivien, Ecuador, Venezuela in Aufruhr

Seiten 8 und 9

Tarifrunde im öffentlichen Dienst Lohnraub stoppen

In derselben Woche, in der die öffentlichen Arbeitgeber bei den laufenden Tarifverhandlungen wieder kein Angebot vorgelegt hatten, beschloss die Bundesregierung weitere Steuerentlastungen für Unternehmer in Höhe von 1 Milliarde Mark.

Die früheren Tarifverhandlungs-Führer des öffentlichen Dienstes, Kanther, Schleußer und Ruschmeier, waren alle kräftig daran beteiligt, mit legalen und illegalen Machenschaften die Staatskassen zu plündern. Nach ihrem Abgang erhalten sie Monat für Monat zusammen über 60.000 Mark Pensionsgelder, die die abhängigen Beschäftigten über Lohnsteuern hereinholen müssen. Während den Müllwerkern, Busfahrern und Krankenpflegern erzählt wird, es sei kein Geld in der Kasse, wird es den Reichen hinterhergeschmissen.

Arbeitsplatzabbau

Über 700.000 Arbeitsplätze wurden von 1992 bis 1998 im öffentlichen Dienst vernichtet – trotz Lohnverzicht. Bundesinnenminister Schily hat gedroht, dass jede Lohnerhöhung,

die über die Inflationsrate hinausgeht, Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst kosten werden. Aber die Bundesregierung hat lange vor der Tarifrunde beschlossen, in den nächsten vier Jahren allein beim Bund vier Prozent der Jobs zu vernichten. Im Auftrag von Finanzminister Eichel hat ein Unternehmensberater Vorschläge gemacht, wie im öffentlichen Dienst bis zum Jahr 2005 durch „Strukturveränderungen“ weitere 600.000 Stellen vernichtet werden können.

Privatisierungen

Die weiteren Privatisierungspläne von Bund, Ländern und Kommunen sind ein riesiges Programm zu Arbeitsplatzvernichtung. Die Liberalisierung des Strommarktes bedroht 40.000 Stellen bei den Stadtwerken. Aber die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst können nicht durch Lohnverzicht verteidigt werden, sondern nur durch entschlossenen gewerkschaftlichen Kampf. Doch genau dazu ist die ÖTV-Führung nicht bereit. Mit ihrer Politik verteidigt sie weder Arbeitsplätze noch Löhne und erst recht ist sie nicht bereit, einen

offensiven Kampf für Durchsetzung der ohnehin bescheidenen Forderungen zu führen. Nichts liegt Mai und Co. Ferner, als einen Konflikt mit seinen politischen Freunden in der Bundesregierung und in den SPD-geführten Ländern und Kommunen einzugehen.

Billigabschlüsse

Der ÖTV-Hauptvorstand wird die Billigabschlüsse in anderen Bereichen nutzen, um den Beschäftigten bei einer bereits niedrigeren Ausgangsforderung von 5 Prozent möglichst kampfflos weiteren Reallohnabbau zuzumuten. 11 der 12 ÖTV-Bezirke fordern ausdrücklich eine Begrenzung der Laufzeit auf 12 Monate. Trotzdem hat Herbert Mai inzwischen verkündet, dass die ÖTV zu längeren Laufzeiten bereit sei. Ein Streik im öffentlichen Dienst ist nur noch dann wahrscheinlich, wenn die Arbeitgeber ihn durch eine harte Haltung provozieren oder wenn ein offensiver Kampf von der ÖTV-Basis erzwungen wird. Aktivisten in der ÖTV müssen dafür Druck machen.

Ursel Beck, Köln

Linux: Besser ohne Kapitalisten

Man stelle sich einmal vor, Bill Gates würde mit folgender Erklärung vor die Presse treten: „Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden die Unternehmenspolitik von Microsoft radikal ändern. Wir werden von nun an die Programmcodes, die unserem Betriebssystem Windows, zugrunde liegen, für jedermann zugänglich machen. Denn wir wissen, dass es weltweit tausende engagierter ProgrammiererInnen gibt, die darauf brennen, Windows zu verbessern, effektiver zu machen und Fehler zu beseitigen. Sie arbeiten jeden Tag am Computer und wissen am Besten, wie ein gutes Betriebssystem auszusehen hat. Microsoft wird in Zukunft die Ergebnisse dieser Arbeit nur noch zusammenfassen. Daher wird es uns möglich sein, den Preis unserer Produkte auf ein Zehntel des heutigen Niveaus zu senken.“

Georg Lohmeyer,
Aachen

Das gibt es nicht? Das kann nicht funktionieren? Doch, das gibt es und das funktioniert, auf

acht Millionen Computern weltweit. Allerdings heißt dieses Betriebssystem nicht Windows, sondern Linux. „Erfinden“ wurde Linux 1991 von dem Schweden Linus Torvald, der sich zum Ziel gesetzt hatte, das Großrechner-Betriebssystem Unix auf den PC zu übertragen. Im Gegensatz zu Bill Gates, der nie etwas selbst erfunden, dafür aber Unmengen Geld verdient hat, gab Torvald sein Betriebssystem frei. Gleichzeitig stellte er sicher, dass niemand sonst es patentieren konnte.

Gemeinsam selbstgemacht

Linux verfolgt eine sogenannte open-source-Konzept: Das Betriebssystem kann frei kopiert werden, solange alle Quellcodes für jedermann verfügbar gehalten werden. Jeder, der will, kann Veränderungen vornehmen. Fehler beseitigen oder Verbesserungen einführen. Und ca. 10 Millionen Linux-Anwender weltweit wollen und tun das. Austausch von Ideen und neuen Entwicklungen erfolgt hauptsächlich über das Internet. Der Betriebssystem-Kern sowie verschiedene

Zusatzprogramme und Erweiterungen werden von verschiedenen Firmen zu Paketen, sogenannten „Distributionen“ zusammengepackt. Eine Distribution, die das Betriebssystem, ein Office-Paket (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation etc.) und Internet-Software enthält, kostet weniger als 100 DM. Vergleichbares von der Microsoft-Mafia würde mehr als 1000 DM kosten.

Im Bereich Internetserver ist Linux längst dabei, den Microsoft-Produkten den Rang abzulaufen. Und auch immer mehr Anwender entscheiden sich für Linux. Nicht nur, weil es billiger ist, sondern auch, weil es stabiler läuft und leistungsfähiger ist.

Nicht der private Profit zählt

Wer Linux (mit)entwickelt, tut das nicht für Geld. Es geht vielmehr darum, zusammen mit anderen ein Produkt herzustellen und zu verbessern, das man selbst braucht und das auch andere brauchen. Und dieses System ist effektiver als das profitorientierte Microsoft-Mammut. Fehler, die auftreten, werden häufig schon innerhalb von 24 Stunden behoben. Kostenlos.

Unter kapitalistischen Bedingungen sind einer Entwicklung wie im Fall Linux trotz allem enge Grenzen gesetzt. Das beweist allein die Tatsache, dass Microsoft, obwohl seine Programme in der Regel viel schlechter sind, 90 Prozent des Marktes für Software beherrscht.

Linux zeigt aber, dass sich die Produktion ohne Kapitalisten und Profitstreben nicht nur genauso gut, sondern sogar noch besser organisieren lässt. Es ist auch der Beweis dafür, dass Menschen bereit sind, ohne jeden Zwang Zeit und Arbeit in eine Sache zu stecken, wenn sie nur wissen, dass das, was sie tun, sinnvoll ist und ihnen selbst und anderen nützt. Heraus kommt ein Produkt, das leistungsfähiger und weniger fehlerbehaftet ist, als das kommerzielle Gegenstück Windows. Und wenn das bei der Produktion von Software möglich ist, dann sicherlich auch in anderen Bereichen.

unser standpunkt

PDS-Parteitag: Sind die Gysis und Biskis am Ende?

Schon lange hat ein Parteitag nicht mehr soviel Aufregung ausgelöst, wie der PDS-Parteitag in Münster. Dass die Basis den Vorstand überstimmt wird als Ungeheuerlichkeit dargestellt. Den etablierten Parteien, bei denen Kandidaten per Ted gewählt und die Mitgliedschaft über TV-Auftritte aufgeklärt wird, passieren solche demokratischen „faux-pas“ einfach nicht mehr. Die Basis der PDS gab der Führung einen Korb. Damit hatte niemand gerechnet. Der Parteivorstand schon gar nicht. Gysi erklärte noch am Abend vorher selbstbewusst vor Journalisten, dass der Parteitag dem Vorschlag des Vorstands folgen würde. Nachdem zwei Drittel der Delegierten für ein klares Nein gegen UN-Kampfeinsätze stimmte, verließ die gesamte Parteispitze den Saal.

Bedeutung) einfach ins Leere laufen sollen, nur weil ein paar vermeintlich unwissende und realitätsferne Delegierte zur falschen Zeit am falschen Ort saßen. Er wirft jetzt seine gesamte Popularität und sein Redegeschick in die Waagschale um seinen Kurs durchzusetzen. Seine Rücktrittsankündigung (nach der „Jetzt halte ich die Luft an“ – Methode eines trotzig Kindes) muss noch nicht das letzte Wort gewesen sein. Über lautstarkes Hetzen vom PDS-Vorstand über „Sektierer“, „linke Dogmatiker“ und „Intoleranz“ wird jetzt erst mal versucht, die gesamte Mitgliedschaft einzuschüchtern und Kritiker mundtot zu machen. Dabei bekommt die Parteiführung natürlich Rückenwind von der bürgerlichen Presse, die fröhlich mit über Parteiauschlüsse diskutiert.

... oder am Anfang?

Wenn es nach dem Willen der Führung geht, darf von Sozialismus bald nur noch in unverbindlicher Trümmerei die Rede sein. Und das aber bitte schön nicht in der Öffentlichkeit. Knallharte Realität ist angesagt: Tolerierung in Sachsen-Anhalt, Koalition in Mecklenburg Vorpommern und bald vielleicht auch auf Bundesebene? So kommt es auch, dass der PDS-Fraktions-Geschäftsführer im Bundestag, Roland Klaus, die Korruptionsaffäre der CDU, statt den Skandal anzuprangern, mit den Worten kommentieren konnte, Deutschland brauche eine CDU, Häme sei deswegen unangebracht. Als größter Erfolg in den letzten Monaten wird dagegen angesehen, dass der Bundesbankpräsident Welteke, einer Einladung der PDS-Bundestagsfraktion gefolgt sei und dies „ein Ausdruck des Grads der Akzeptanz, die die PDS erreicht“ habe, sei.

Die Schwäche der Linken sieht man auch daran, dass der zweite wichtige Vorstoß der Parteioberen, den Plan zur Änderung des Grundsatzprogramms, in Münster durchgesetzt werden konnte.

Die Reaktionen „am Tag danach“ von der gesamten Parteispitze lassen klar erkennen, dass dies wahrscheinlich leider das letzte Mal der Fall war, in der die Delegierten das Sagen hatten. Ab sofort wird aufgefächert: „Ich sage Ihnen voraus: Das wird korrigiert werden.“, gab Gysi am gleichen Abend noch in den ARD-Tagesthemmen bekannt. Er kann nicht fassen, dass seine Bemühungen von der bürgerlichen Politik ernstgenommen zu werden, (und dazu ist die Anerkennung von Staatsapparat, Armee etc. von besonderer

Wenn es nach dem Willen der Führung geht, darf von Sozialismus bald nur noch in unverbindlicher Trümmerei die Rede sein. Und das aber bitte schön nicht in der Öffentlichkeit. Knallharte Realität ist angesagt: Tolerierung in Sachsen-Anhalt, Koalition in Mecklenburg Vorpommern und bald vielleicht auch auf Bundesebene? So kommt es auch, dass der PDS-Fraktions-Geschäftsführer im Bundestag, Roland Klaus, die Korruptionsaffäre der CDU, statt den Skandal anzuprangern, mit den Worten kommentieren konnte, Deutschland brauche eine CDU, Häme sei deswegen unangebracht. Als größter Erfolg in den letzten Monaten wird dagegen angesehen, dass der Bundesbankpräsident Welteke, einer Einladung der PDS-Bundestagsfraktion gefolgt sei und dies „ein Ausdruck des Grads der Akzeptanz, die die PDS erreicht“ habe, sei.

Die Reaktionen „am Tag danach“ von der gesamten Parteispitze lassen klar erkennen, dass dies wahrscheinlich leider das letzte Mal der Fall war, in der die Delegierten das Sagen hatten. Ab sofort wird aufgefächert: „Ich sage Ihnen voraus: Das wird korrigiert werden.“, gab Gysi am gleichen Abend noch in den ARD-Tagesthemmen bekannt. Er kann nicht fassen, dass seine Bemühungen von der bürgerlichen Politik ernstgenommen zu werden, (und dazu ist die Anerkennung von Staatsapparat, Armee etc. von besonderer

Die Reaktionen „am Tag danach“ von der gesamten Parteispitze lassen klar erkennen, dass dies wahrscheinlich leider das letzte Mal der Fall war, in der die Delegierten das Sagen hatten. Ab sofort wird aufgefächert: „Ich sage Ihnen voraus: Das wird korrigiert werden.“, gab Gysi am gleichen Abend noch in den ARD-Tagesthemmen bekannt. Er kann nicht fassen, dass seine Bemühungen von der bürgerlichen Politik ernstgenommen zu werden, (und dazu ist die Anerkennung von Staatsapparat, Armee etc. von besonderer



Solidarität mit VW-Arbeitern in Südafrika und Brasilien

In zwei VW-Werken, in Brasilien und Südafrika, wurden im Februar bzw. März Arbeiter entlassen. In Brasilien wurden 22 Kollegen wegen einer dreitägigen „Dienst nach Vorschrift“-Aktion für Lohnerhöhung, kürzere Arbeitszeit und Gewinnbeteiligung fristlos entlassen. Das VW-Management droht darüber hinaus mit der Schließung des Werkes.

Im Werk Uitenhagen, Südafrika, haben die Konzernherren 1300 Arbeiter gefeuert, weil sie gegen die Entlassung ihrer Vertrauensleute in einen Solidaritätsstreik getreten waren. Diese Vertrauensleute waren neu gewählt worden, nachdem ihre Vorgänger wegen Co-Management-Vereinbarungen, hinter dem Rücken und gegen die Interessen der Belegschaft, abgewählt wurden. Die jetzt entlassenen Vertrauensleute wollten nicht länger hinnehmen, dass die Arbeitsbedingungen noch schlechter werden als in Zeiten des Apartheidregimes und haben den Kampf gegen Angriffe der VW-Bosse aufgenommen.

Deshalb wurden sie gefeuert. Mit ihrer

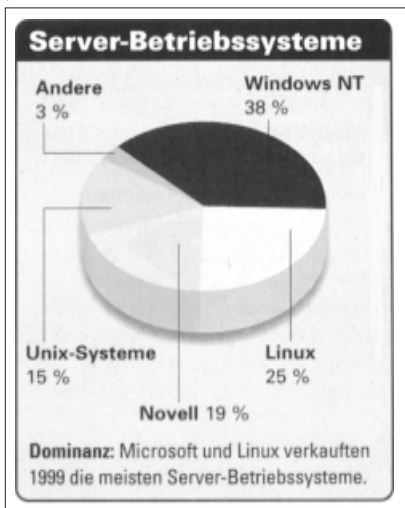
kämpferischen Haltung waren sie nicht nur dem Management ein Dorn im Auge, sondern auch ihrer eigenen Gewerkschaft NUMSA. Die NUMSA steht in diesem Konflikt auf der Seite des VW-Konzerns und wird dabei von der IG Metall Führung gedeckt.

Wir fordern alle Leser auf beim VW-Vorstand in Wolfsburg gegen die Entlassungen zu protestieren und Solidaritätsadressen an die betroffenen Kollegen zu schicken.

Vorstand der Volkswagen AG, 38436 Wolfsburg, Fax. 05361-928282

Für Soli-Adressen: VWSA Crisis Committee South Africa, Fax/Tel.: 0027-41-9228691

APEOESP, Sao Carlos/SP Brasilien, Fax. 055-16-263-1110, email: assprof@zaz.com.br



Wem nützt die Greencard?

Jahrelang haben deutsche High-Tech-Unternehmen die Ausbildung vernachlässigt. Jetzt ist das Geknurre über den Fachkräftemangel groß. Die „Greencard“, eine befristete Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, soll den Engpass beseitigen.

Die Politiker von CDU bis SPD haben in den letzten Jahren verstärkt Ausländer als Sündenböcke hingestellt. Jetzt müssen sie ihren plumpen Rassismus etwas differenzierter präsentieren und erklären, warum man einerseits weiter Ausländer mit Gewalt aus Deutschland abschiebt, während man andererseits um Ausländer wirbt. Ganz ungeniert geht dabei die CDU vor. Deren Position lässt sich etwa so zusammenfassen: „Weil die Greencard gut für die Unternehmer ist sind wir dafür, weil aber CDU-Spitzenkandidat Rüttgers mit seiner rassistischen Kampagne in NRW sich bessere Wahlchancen ausrechnet, unterstützen wir den Greencard-Gegner Rüttgers“. Die SPD ihrerseits legt Wert darauf, dass es ihr nicht um die Interessen der ausländischen Arbeitnehmer geht. Im Gegenteil: „Zielsetzung ist es, kurzfristig Defizite zu überbrücken und gleichzeitig si-

cherzustellen, dass mittelfristig der gesamte Arbeitskräftebedarf aus inländischen Kapazitäten gedeckt werden kann.“ (Internetseite der SPD, www.spd.de, Stichwort Greencard, 28. 4.) ArbeitnehmerInnen sind also nur „Kapazitäten“. Falls diese „Kapazitäten“ aus dem Ausland angeworben wurden, bekommen sie nach spätestens fünf Jahren einen Tritt in den Hintern und fliegen raus. Wer immer noch Zweifel an den Motiven der SPD hat, für den heißt es an anderer Stelle auf derselben Seite: „Die Greencard ist ein pragmatisches Instrument zur kurzfristigen Lösung eines arbeitsmarktpolitischen Problems. ... Es geht nicht um das Grundrecht auf Asyl, sondern um die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft.“

Leiharbeit weltweit

Alle beteiligten Kräfte wollen mit der Debatte deutlich machen, dass Einwanderung strikt nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erfolgen hat. Die Unterschiede zwischen ihnen sind taktischer Natur. SPD und Grüne wollen erst die Voraussetzungen für eine verstärkte Einwanderung von benötigten Arbeitskräften schaffen und dann im Zuge eines sogenannten

„Einwanderungsgesetzes“ Deutschland stärker gegen Flüchtlinge abschotten, die CDU und die Arbeitgeberverbände gehen aggressiver vor und fordern, das Asylrecht endgültig abzuschaffen. Durch die Steuerung der Einwanderung wollen die Unternehmen Ausbildungskosten und Sozialabgaben sparen. Sie brauchen kein langfristiges Konzept, sondern können sich Arbeitnehmer „just in time“ besorgen, wenn sie gerade gebraucht werden. Ebenso können sie Arbeitnehmer schneller wieder „freisetzen“, z. B. wenn der Computer- und Internet-Boom durch einen Börsencrash oder den Beginn der Wirtschaftskrise jäh endet.

Die „modernen“ Vertreter eines „Einwanderungsgesetzes“ nach wirtschaftlichen Interessen wollen die Wanderarbeit, einen weltweiten Leiharbeitsmarkt ohne Kündigungsschutz und Sozialplan.

Ausbildung und Arbeit

Der DGB und ver.di (Dienstleistungsgewerkschaft) haben sich gegen eine Greencard und eine Öffnung des Arbeitsmarktes gewandt (FR, 3. 3. 2000). Sie grenzen sich nicht dabei nicht von der rassistischen

Kampagne der NRW-CDU ab. IG-Metall-Vorsitzender Zwickel schreibt in der Aprilausgabe der „metall“ unter der Überschrift „Greencard wäre Rote Karte für Arbeitslose“: „Diese 31.840 (Arbeitslose) EDV-Fachleute) wären endgültig raus aus dem Spiel, wären sicher, in ihrem Beruf nie wieder einen Job zu bekommen.“ Nach Ansicht von Zwickel ist also nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, das gerade offiziell vier, inoffiziell sechs Millionen Menschen eine sinnvolle und bezahlte Arbeit verweigert, die Ursache für Dauerarbeitslosigkeit, sondern die Kollegen aus dem Ausland. Diese Position ist falsch und deshalb für einen Gewerkschafter skandalös.

GewerkschafterInnen sollten sich stattdessen für gleiche Rechte für alle und gleichen Lohn für gleiche Arbeit einsetzen. Wenn ein indischer Kollege nach Deutschland kommt, müssen die Gewerkschaften gegen sämtliche Beschränkungen bei Aufenthaltserlaubnis und Familiennachzug eintreten.

Es wäre die Aufgaben der Gewerkschaften, die Hintergründe der Greencard-Diskussion aufzudecken und eine Kampagne zu starten, die a) eine breite Qualifizierung für allein in Deutschland lebenden Arbeitslosen und Arbeitnehmer fordert und b) für die Verteidigung der Flüchtlinge eintritt und die Angriffe gegen die letzten Reste des Asylrechts zurückweist.

Dazu gehört nach Auffassung der SAV, dass jede/r Arbeitslose – und angesichts der sich schnell verändernden Arbeitswelt auch jede/r Beschäftigte – das Recht auf Weiterbildung bekommen muss. Die öffentlichen Ausbildungseinrichtungen im IT-Bereich sollten ihre Arbeit fortsetzen und ausweiten, finanziert durch eine Ausbildungsabgabe der Unternehmen. Durch demokratische Kontrollgremien aus Vertretern der Lernenden, der Lehrenden und des Staates könnte gewährleistet werden, dass nicht für kurzfristige Profitteressen, sondern zum Zwecke einer breiten Qualifizierung ausgebildet wird.

Im Bereich der ausländischen ArbeitnehmerInnen treten wir für eine unbeschränkte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für

„Fachkräfte ja, Ausbildung nein!“

Das scheint der Schlachtruf der deutschen IT-Unternehmen zu sein. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarktforschung (IAB) kommen in diesem Jahr von 47.000 Ausbildungsabsolventen der High-Tech-Branche nur 7000 aus den Unternehmen selbst. Die meisten wurden in Maßnahmen ausgebildet, die von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert wurden, also mit den Sozialversicherungsbeiträgen und Steuergeldern der ArbeitnehmerInnen.

alle ein, die sich in der Bundesrepublik befinden. Ebenso muss ein unbeschränkter Familiennachzug gewährleistet sein. Sprachkurse müssen für jede/n kostenfrei angeboten werden. Die faktische Abschaffung des Asylrechts von 1993 muss wieder aufgehoben, das Arbeitsverbot für Asylbewerber endlich abgeschafft werden.

Auch unter in Deutschland lebenden Arbeitnehmern ist die Ansicht verbreitet, eine Zuwanderung strikt nach wirtschaftlichen Vorgaben und eine rechtliche Schlechterstellung der ImmigrantInnen wäre auch in ihrem Interesse. Das Gegenteil ist der Fall. Je stärker die ausländischen Arbeitskräfte, ob medial herbeigebettete Computer-Fachleute oder illegale Billigjobber, nach den Wünschen der Konzerne hereingeholt und herausgeworfen werden können, zur Verfügungsmasse der Kapitalisten werden, desto mehr werden auch die inländischen Arbeitnehmer flexibilisiert, für die Profitteressen zurechtgestutzt.

Nur das gemeinsame Engagement für gleiche Rechte für alle, ob im IT-Bereich, in der Gastronomie oder in der Metallindustrie stärkt die Arbeitnehmerrechte.

Claus Ludwig/
Georg Kummel, Köln

Ihr da oben ...



Alt

Man stelle sich vor: Ein Mann geht zwanzig Jahre oder noch länger, jeden Morgen in dasselbe Büro. Aber eines Tages kommt er zu seinen Kollegen und sagt: „Guten Morgen – ich bin der Neue“. Nun, was werden seine Kollegen denken? Richtig – der arme Mann muss mal zum Arzt. Aber was soll man von der CDU in Nordrheinwestfalen halten? Ihr Spitzenkandidat, Norbert Rüttgers, war schon vor zwanzig Jahren Landesvorsitzender der CDU-Nachwuchsorganisation, Junge Union, im Rheinland. Rüttgers diente neun Jahre unter Kanzler Kohl als parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion und als Bildungsminister. Es hat in der NRW-CDU nach dem CDU-Parteispenden-Skandal keinen einzigen Rücktritt gegeben. Und diese altbekannte CDU warb im NRW-Wahlkampf mit dem Spruch „Neue Leute braucht das Land“ über den Porträts von Rüttgers, Merkel und Merz. Auf jedem Wahlplakat stand „CDU – die neue Partei im Westen!“ Aber auf eine Leige mehr oder weniger kommt es bei dieser Partei auch nicht mehr an.

Reichtum

Das Vermögen der drei reichsten Männer der Welt ist größer als das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder mit 600 Millionen Einwohnern, so die neue „Armutstatistik“ des UN-Entwicklungsprogramms UNDP. (metall 4/2000)

Orientierung

Was ist eine realistische Lohnforderung? Wie hoch darf sie sein? Vor dieser Frage stehen jedes Jahr die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wie hilfreich wäre es doch, wenn jemand eine ungefähre Orientierung geben könnte. Am besten Leute, die die Lage der öffentlichen Haushalte gut kennen – die Mitglieder in den Parlamenten zum Beispiel. Die Gehälter (Grundentschädigung) der 120 sächsischen Landtagsabgeordneten steigen rückwirkend zum 1. Januar um knapp 1000 DM, exakt um 959 Mark. Das ist ein schöner Betrag, an dem die Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Tarifangebote der Arbeitgeber in der diesjährigen Tarifrunde messen sollten.

Mittelalter

ArbeitnehmerInnen, die in einer katholischen Einrichtung beschäftigt sind, müssen mit ihrer fristlosen Entlassung rechnen, wenn sie sich nicht an die Regeln der Kirche halten. Die Kündigung einer Angestellten, die sich von ihrem Mann hatte scheiden lassen, wurde vom Arbeitsgericht Hamm anerkannt (Aktenzeichen: Landesarbeitsgericht Hamm, Sa 1774/99). Sanktionen gegen die Kirche, für den Fall, dass sie sich selber nicht an ihre Regeln der Nächstenliebe hält, sind nicht bekannt.



... wir hier unten



Alle etablierten Parteien nutzen die Diskussion um die Greencard, um die ImmigrantInnen in „gute“ Experten und „schlechte“ Flüchtlinge aufzuspalten. Wir fordern gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen.

Bundesbank behält Lohngehälter an Zwangsarbeiter ein

Zum Thema Zwangsarbeiterentschädigung dokumentieren wir hier, leicht gekürzt, einen offenen Brief der „Regenbogen“-Fraktion Hamburg an Finanzminister Eichel:

„Sehr geehrter Herr Minister Eichel, als Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft setzen wir uns seit einem halben Jahr in-

tensiv mit der Geschichte der NS-Zwangsarbeit in Hamburg und der damit zusammenhängenden Entschädigungsproblematik auseinander. Im Rahmen unserer Aktivitäten sind wir auf einen Vorgang gestoßen, der mehr als befremdlich ist.

Die Deutsche Bundesbank hat im Jahr 1978 DM 1.776.207,37 „unbringliche“,

einbehaltene Löhne für ehemalige NS-ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene sowie DM 196.678,30 „nicht anbringbare Guthaben von verschleppten Personen und Ausländer-DM-Konten aus der Umstellung des Geldwesens“ ins Vermögen der Bundesbank als außerordentliche Erträge eingestellt. Im Schreiben der Deutschen Bundesbank vom 11. Januar 2000 heißt es dazu: „Das als a.o. Ertrag ausgebuchte Guthaben ausländischer Personen von insgesamt DM 1.972.885,67 hat somit den Bilanzfahrlauf, den die Bk im Jahre 1978 auswies, um eben diesen Betrag gemindert.“

Mit Schreiben vom 7. Februar 2000 räumen die Vertreter der Deutschen Bundesbank zwar ein: „Sicher ist die – rechtlich korrekte – Vereinnahmung der unbringbaren Beträge im Jahre 1978 als außerordentlicher Ertrag und die Einbeziehung dieser Beträge in die normale Ertragsverwendung aus heutiger Sicht diskussionswürdig. Nach den Debatten der letzten Jahre wäre eine solche Verwendung dieser Summen heute schwer

vorstellbar.“ Gleichwohl verweigert die Deutsche Bundesbank, die nicht bestimmungsgemäß verwandten Gelder entweder der Bundesstiftung oder einer der Stiftungen zur Unterstützung ehemaliger NS-Opfer zur Verfügung zu stellen, mit dem Argument, sie dürfe sich als Bundesunmittelbare juristische Person des öffentlichen Rechts nicht an Stiftungen zur Entschädigung beteiligen.

Diese Sichtweise mag formaljuristisch richtig sein, ist aber u. E. – auch vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die Einrichtung einer Bundesstiftung – aus heutigem Blickwinkel nicht aufrechtzuerhalten.

Außerdem geht es nicht darum, dass die Deutsche Bundesbank eine Stiftung aus ihren Erträgen mit Spenden bedenken soll. Vielmehr geht es aus unserer Sicht um die nicht nur moralisch berechtigten Forderung, dass die Deutsche Bundesbank die einbehaltene Löhne aus Zwangsarbeit an die Betroffenen auszahlt und die ebenfalls einbehaltenen „nicht anbringba-

ren“ Guthaben von verschleppten Personen und Ausländer-DM Konten Organisationen übergibt, die ehemalige NS-Opfer unterstützen. Es ist kaum vorstellbar, dass die Deutsche Bundesbank, die jedes Jahr Milliarden bewegt, keinerlei Möglichkeiten hat, die von ihr zweckentfremdeten 1.972.885,67 DM plus Zinsen den Anspruchsberechtigten nachträglich zur Verfügung zu stellen.

Nachdem die Deutsche Bundesbank mit Schreiben vom 7. Februar 1999 sich selbst in dieser Sache für handlungsunfähig erklärt und unser Anliegen mit dem lapidaren Satz „Die Bundesregierung entscheidet über die Verwendung der an sie abgeführten Bundesbankgewinne“ beschieden hat, wenden wir uns jetzt an Sie als einen zuständigen Vertreter der Bundesregierung.

Welche Handlungsmöglichkeiten sehen Sie, um die durch die Deutsche Bundesbank vorenthaltenen Lohngehälter den Anspruchsberechtigten zukommen zu lassen?“



Tarifrunde 2000

Kampflose Kapitulation vor Unternehmern aus den Betrieben

Rekordprofite und volle Auftragsbücher auf Seiten der Unternehmer sowie Forderungen nach deutlicher Reallohnsteigerung und die Bereitschaft dafür zu kämpfen auf Seiten der Gewerkschaften – das war der Hintergrund der diesjährigen Tarifrunde. Und was ist das Ergebnis? Zum ersten mal seit über 10 Jahren gibt es keine Warnstreikwelle bei der IGM und insgesamt eine kampflose Kapitulation vor den Unternehmern. Die Folge: weitere Reallohnverluste, Erosion der Flächentarifverträge, Absage an weitere Wochenarbeitszeitverkürzung, weitere Spaltungslinien per Tarifvertrag.

Lohnleitlinie per Bündnis-Vereinbarung

Durch eine Bündnis-Vereinbarung mit Unternehmern und Regierung hat sich die Gewerkschaftsbürokratie bereits im Januar auf einen Niedrigabschluss und längere Laufzeiten festgelegt. Diese vereinbarte Lohnleitlinie wurde gegen die Gewerkschaftsbasis durchgesetzt. Als erstes wurden die Forderungen der Basis durch die offiziellen Forderungen nach unten korrigiert.

Niederlage für Arbeitnehmer

Die IG-BCE-Führung verkündete mit stolz, dass sie mit keiner Forderung in die Tarifrunde gehe. Zwickel hatte seine „Rente mit 60“ auf dem IG-Metall-Kongress aus dem Hut gezaubert, um Forderungen nach weiterer Wochenarbeitszeit abzublocken. Die Metall-Tarifrunde hat gezeigt, dass er nicht bereit war, dafür einen Kampf zu führen. Die Gewerkschaften der Eisenbahner brachen

Ende März Vorbereitungen zu Warnstreiks an Verkehrsknotenpunkten ab, weil es angeblich eine Einigung bei den Verhandlungen mit Bahnchef Mehdorn ab. Das Ergebnis ist aber nichts anderes als ein von den Gewerkschaften unterschriebener Angriffspakt auf die Eisenbahner, der in den nächsten Monaten hinter verschlossenen Türen und ohne weitere Mobilisierung der Bahnbeschäftigten auf der Grundlage folgender Eckpunkte ausgetauscht werden soll: weiterer Stellenabbau über Altersteilzeit, Vorruhestand und Abfindungsangebote, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, Zurückhaltung der Gewerkschaften in den nächsten Tarifrunden, Steigerung des Betriebsergebnisses der Bahn AG um jährlich 5 Prozent, sprich entsprechende Reduzierung der Personalkosten.

Die HBV ist in der Tarifrunde bei den Banken gegen den Willen von 62,5 Prozent der Mitglieder einem Abschluß der DAG gefolgt, dessen Volumen von den Unternehmern auf 2,36 Prozent beziffert wird und der zuschlagsfreie Samstagarbeit zulässt. Eine Schutzfunktion von Tarifverträgen, nämlich die Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern beim Verkauf ihrer Arbeitskraft aufzuheben, geht durch die diesjährigen Abschlüsse weiter verloren. Ostdeutschland bleibt Billiglohnland.

Gewerkschaftsbürokratie trägt Verantwortung

Diese Entwicklung ist aber kein Ergebnis der Schwäche der Gewerkschaften, sondern der Politik der Führung. Bei der Bundesbahn, bei den Metallen, Bankern und in allen anderen Branchen war die Bereitschaft für einen offensiven

Kampf vorhanden. Dieser Kampf wurde durch die Blockadepolitik der Gewerkschaftsführung sabotiert. Sie allein trägt die Verantwortung für die Niederlage in der Tarifrunde 2000. Sie versteht unter Tarifautonomie die Autonomie der Vorstände, die Mitgliedschaft und gewählten Gremien zu ignorieren. Sie spielt die Beschäftigten gegeneinander aus.

Innergewerkschaftliche Opposition

Das Ergebnis der diesjährigen Tarifrunde ist eine Niederlage für die abhängig Beschäftigten. Sie wird zu Austritten und weiter schwindenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften führen.

Gleichzeitig schärft sie bei einem beachtlichen Teil der Aktiven die Einsicht, dass jetzt der Kampf für einen Kurswechsel, für innergewerkschaftliche Demokratie und den Aufbau einer neuen Führung geführt werden muss. Der Verhandlungsführer der HBV, Claus Carlin, ist den Rücktrittsforderungen aus der HBV bereits gefolgt und hat kurz nach dem Banken-Abschluß seinen Hut genommen. Die bereits bestehenden Oppositionsgruppen in den Gewerkschaften haben nach dieser Tarifrunde die Chance und die Aufgabe sich zum Kristallisationspunkt einer starken innergewerkschaftlichen Opposition zu entwickeln. Der Gewerkschaftsbürokratie, die sich durch längere Laufzeiten dem jährlichen Druck auf einen Tarifkampf entziehen will, kann durch Nachschlagsforderungen und notfalls durch wilde Streiks ein Strich durch die Rechnung gemacht werden.

Ursel Beck, Köln



„Nix Lala-winke-winke, sondern viel Pinke-Pinke“ forderten diese Metalller bei den Tarifverhandlungen in Bobligen

Stimmen zu den Tarifabschlüssen:

„Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Porsche sind mit dem Abschluss in Nordrhein-Westfalen nicht einverstanden. Ferner finden wir die Vorgehensweise zu dieser Tarifrunde und diesem Abschluss skandalös.“

Protestschreiben von Vertrauenskörperleitung und Betriebsrat von Porsche an die IGM-Vorstand unmittelbar nach dem Abschluss in NRW vom 28. 3.

„Dieser Tarif-Abschluss dürfte für die Arbeitgeber ein echtes Schnäppchen gewesen sein. Wenn in Zeiten satter Gewinne und Auftragsbücher solch ein mageres Ergebnis rauskommt, dann frage ich mich wie die Abschlüsse erst in schlechteren Zeiten aussehen werden ... Es wird Zeit, dass in der IG Metall eine offene Diskussion über diese Art von Sozialpartnerschaft geführt wird.“

Rudolf Schlener, Beschäftigter bei Bosch Feuerbach in der Betriebszeitung der IGM-Betriebsräte und -Vertrauensleute

„Leben wir nicht in einer wunderbaren Zeit? Wir können zu Hause auf dem Sofa, bei Bier und Salzstangen nicht nur beobachten wie „wir“ wieder Krieg, sondern neuerdings auch, wie „wir“ den Tarifkampf führen. Ganz ohne den Hintern bewegen zu müssen, bekommen wir auf dem Silbertablett ein fertiges Ergebnis geliefert, frei Haus und ohne die verfluchten Warnstreiks.“

Dass nun die Unternehmer im Chor jubeln, verwundert nicht. Kein Verständnis aber haben wir, dass uns nun zu den grandiosen 3 Prozent bzw. 2,1 Prozent im nächsten Jahr noch „eingespart“ Verdienstaufschläge durch die nicht geführten Warnstreiks vorgerechnet werden von unserem 1. Bevollmächtigten. Da bleibt einem doch die Spucke weg.“

Aus „Kollegen von Daimler informieren“, Betriebszeitung im Werk Bremen.

„Das Hauptargument des IGM-Vorstands, nämlich durch den Ausstieg der Älteren Platz für jüngere KollegInnen zu machen, ist vollkommen zunichte gemacht worden, denn es ist wurde keine Wiederbesetzungspflicht vereinbart. In vielen Betrieben wird dieses Modell deshalb dazu genutzt werden weitere Stellen einzusparen. Davon ausgehend ist es schon dreist als „Gegenleistung“ für diese vermeintliche Wohltat die Laufzeit des Manteltarifvertrages, der auch die 35-Stunden-Woche festschreibt, einfach um weitere 3 Jahre zu verlängern. Angesichts stetig steigender Produktivität, wird dies für die Lohnabhängigen weiteren Arbeitsplatzabbau und steigende Arbeitsetze zur Folge haben.“

Torsten Sting, IGM-Vertrauensmann, Siegen

„Am 11. 2. wurde in der Kautschukindustrie der erste Tarifvertrag dieses Jahres unterschrieben. Unter anderem wurden die kürzeren Arbeitszeiten für ältere Arbeitnehmer gestrichen. Außerdem sollten Heiligabend und Silvester als arbeitsfreie Tage gestrichen werden und durch eine zusätzliche Lohnerhöhung ausgeglichen werden. Schlimmer noch als die Ergebnisse waren die vorangegangenen Verhandlungen. Faktisch wurden durch die Gewerkschaftsführung mit einer Überumpelungstaktik alle Gewerkschaftsgremien übergangen und jegliche innergewerkschaftliche Demokratie außer Kraft gesetzt. Die Reaktion der KollegInnen war entsprechend. Ergebnis der Proteste gegen Ergebnisse und Vorgehensweise der Gewerkschaftsführung ist zumindest erstmal die Rücknahme der Streichung der freien Tage am 24. und 31. 12. Eine erste Forderung vieler KollegInnen bei Phoenix ist der sofortige Rücktritt des dortigen IG-BCE-Vorsitzenden.“

Jörn Kroppach, Beschäftigter bei einer Tochtergesellschaft von Phoenix, Hamburg

„Wir fragen uns, ob man ... die Mitarbeiter der Vertrauensleute in der IG BCE überhaupt noch ernst nimmt. Bei solcher Verfahrensweise könnte man den Einsatz der Vertrauensleute auch aus der Satzung der IG BCE streichen, da die Mitarbeit der Basis anscheinend nicht gewollt ist. Es gab auch keinen Grund zum jetzigen Zeitpunkt unbedingt eine Lohn- und Gehaltsrunde in aller Eile durchzuziehen, da unser Tarifvertrag noch eine Laufzeit bis zum 30. September 2000 hat.“

Aus einem Protestschreiben der Vertrauensleute bei Phoenix Hamburg an die IG-BCE-Hauptverwaltung über die Vorgehensweise des Vorstands in der Tarifrunde.

„Der Abschluss bei Metall ist katastrophal. Damit wurde die Chance vertan für einen gemeinsame Tarifrunde von IGM und ÖTV. Die Hoffnungen der Mitglieder in der ÖTV, dass wir uns einen Teil von dem zurückholen, was uns in den letzten Jahren weggenommen wurde, ist im Vorfeld der Tarifrunde zunichte gemacht worden. Der Abschluss bei Metall wirkt wie eine Vorgabe. Trotzdem kommt es jetzt darauf an, sich von diesem Ergebnis nicht einschüchtern zu lassen. Im öffentlichen Dienst geht es mit 3,1 Millionen Beschäftigten und 1,5 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern immerhin um einen der größten Bereiche. Wir haben auch allein auf uns gestellt genügend Kampfstärke um die sowieso bescheidene Forderungen voll durchzusetzen.“

Dieter Janßen, ÖTV-Vertrauensleutesprecher im Bürgerhospital Stuttgart.

Dies sind nur einige Beispiele für die Proteste. U. a. in den Stuttgarter Großbetrieben hagelte es Proteste, die hier nicht alle wiedergegeben werden können.

27. Mai: Bundesweites Treffen oppositioneller ÖTV-Gewerkschafter

Am Samstag, den 27. Mai findet in Kassel das nächste bundesweite Treffen des „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ statt. Das ÖTV-Netzwerk ist ein Zusammenschluss von kritischen und kämpferischen Kolleginnen in der ÖTV, Vertrauensleuten, Betriebsund Personalräten und Jugendvertretern. Das Netzwerk war von Anfang an gegen ver.di, weil sich diese Fusion gegen die demokratischen Rechte und die gewerkschaftlichen Interessen der Mitglieder richtet. In den Tarif runden kämpfen die im Netzwerk zusammengeschlossenen Kolleginnen unter anderem jedes Jahr für massive Festgelderhöhungen, radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und die volle Angleichung der Ostlöhne an den Westen. Das Netzwerk ist gegen jede Privatisierung und den Ausstieg aus dem BAT.

Weitere Informationen zum Treffen bei Steffi Nitschke, Hegelsbergstr. 26, 34127 Kassel, Tel. 05 61 / 89 97 64 oder Dieter Janßen, Strohhberg 18a, Tel. 07 11 / 6 40 13 02.

Richtigstellung

In VORAN 214 haben wir in der Bildunterschrift zu einer früheren ÖTV-Tarifrunde Peter Blechschmidt mit Lothar Ruschmeier verwechselt. Richtig bleibt, dass Lothar Ruschmeier einer der Verhandlungsführer war.

20. Mai: Treffen der „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ zur Tarifrunde

Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken lädt für den 20. Mai zu einem Treffen über Tarifpolitik nach Frankfurt-Bockenheim ein. In dem Aufruf heißt es: „Die jüngsten Tarifabschlüsse bestätigen die Befürchtungen der Gewerkschaftslinken, dass die Gewerkschaften mit dem Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit in einen Wettbewerbskorporatismus eingebunden werden...Wir können jedoch auch registrieren, dass es sehr viel Protest und Gegenwehr von aktiven Vertrauensleuten und Aktiven gibt. Es gibt auch, was viel schlimmer ist, Resignation und Abkehr von den Gewerkschaften.“ Bei dem Treffen soll Bilanz gezogen werden von der Tarifrunde 2000 und die Lehren für künftige Tarifkämpfe diskutiert werden. Außerdem soll besprochen werden, wie die Linken ihre Kritik und Vorstellungen in die Gewerkschaften reintragen können.

Anmeldungen bis 15.5. und nähere Infos über Tom Adler, Baumreute 56a, 70199 Stuttgart, Tel. 0711-606457 oder Bernd Rixinger, Tel. 0711/6498305 oder e-mail: elsriexierst@t-online.de

Bildungsstreik!

Im März demonstrierten 40.000 SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen in Berlin, im April wurde gestreikt. Bis 2005 sollen 80 Schulen allein in Berlin schließen.

Lisa, Berlin

Der Senator für Schule, Jugend und Sport, Böger, versuchte mit allen Mitteln, die LehrerInnen und das Ziel ihres Streiks in ein schlechtes Licht zu rücken. Für verbeamtete Lehrer gilt das Streikverbot, Disziplinarstrafen und Eintragungen in ihre Akten wurden ihnen angedroht. Doch der Einschüchterungsversuch war vergeblich: 50.000 LehrerInnen und SchülerInnen nahmen letztendlich an dem Streik teil. Auch die Medienhetze konnte nicht greifen: 54 Prozent der Bevölkerung waren der Meinung, dass zu recht gegen Unterrichtsausfall, volle Klassen und gegen eine zusätzliche unbezahlte Unterrichts-stunde pro Woche gestreikt wurde.

Die Hauptargumente von Demonstrierenden machen die Notwendigkeit für den Protest deutlich: durch die geringen finanziellen Mittel der Schulen fehlt

es an Unterrichtsmaterial wie aktuelle Bücher, Geräte in den Naturwissenschaften, ausreichend Computer und Räume. Durch den Mangel an Lehrern werden „unwichtige“ Unterrichtsfächer wie Kunst und Musik gestrichen, der Stundenausfall erhöht sich.

Durch die erhöhte Arbeitsbelastung verschlechtert sich der Unterricht, der Lehrer hat kaum mehr Möglichkeiten, auf die „Stärken“ und „Schwächen“ einzelner Schüler einzugehen.

Was Kürzung im Bildungsbereich bedeutet, erklärte eine Lehrerin: „Wir haben gar keine Chance, auf die einzelnen SchülerInnen einzugehen. Viele kommen aus zerrütteten Familien und legen teilweise Verhaltensstörungen an den Tag. An unserer Grundschule sind SchülerInnen, denen Ritalin gegen Konzentrationschwäche verschrieben wird. Das ist ein Beruhigungsmittel. Die Kinder werden ruhiggestellt.“

„Die Kassen sind leer?“ Diese Begründung wird man sich wohl so lange anhören müssen, wie korrupte Politiker darüber entscheiden dürfen, wohin die Steuergelder fließen.



Trotz disziplinarischer Drohungen durch den Senat streikten tausende Berliner LehrerInnen gegen die Bildungsmisere.

Schottland: Erfolgreicher Widerstand gegen Studiengebühren

Die Einführung von Studiengebühren und die Abschaffung der verbleibenden Unterhaltszahlungen an Studierende durch die Labour-Regierung wurde durch eine massive Protest-Kampagne der Studierenden unmöglich gemacht.

1997 wurde die kostenlose Hochschulausbildung in Grossbritannien abgeschafft. Daher war die Forderung nach der Abschaffung der verhassten Studiengebühren bei den Wahlen zum neuen schottischen Parlament 1999 eine der Hauptfragen. Die erreichte Abschaffung dieser Gebühren markiert einen Sieg, ist aber nur der erste Schritt im Kampf um eine kostenlose Hochschulausbildung.

Schottische Studierende zum Beispiel, die an einer englischen Uni studieren, müssen weiterhin die Gebühren im voraus bezahlen, genau wie ihre englischen KommilitonInnen. Allerdings wird erwartet, dass die Erfolge den englischen und walisischen Studierenden als Ermunterung für den Kampf dienen werden.

Die Kompromisslösung sieht so aus, dass ab September diesen Jahres die Studiengebühren nicht mehr im voraus bezahlt werden müssen, sondern allen Studierenden ein Darlehen von umgerechnet

6100 DM gewährt wird. Dies muss nach Beendigung des Studiums zurückgezahlt werden, wenn das Einkommen über 30.000 DM Jahresgehalt liegt. Da das Durchschnittseinkommen in Schottland bei 54.000 DM liegt, kann man leicht ausrechnen, dass es jede/n treffen wird.

Fiona Graham, Studentin aus Glasgow und Mitglied der SSP (Schottische Sozialistische Partei), erklärt: „Die ganze Diskussion hat positive Auswirkungen in der Hinsicht gehabt, dass jede/r nun endlich versteht, dass es nicht reicht, einfach die Gebühren abzuschaffen, um die Armut der Studierenden zu beseitigen. Es geht vielmehr um das ganze Paket. Auch wenn die Gebühren abgeschafft sind, müssen die meisten StudentInnen immer noch 20 Stunden die Woche im Schnitt schuften, um die Miete, Bücherkosten und den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das bedeutet, dass sie trotzdem noch mit einem Schuldenberg konfrontiert sind, wenn sie aufhören zu studieren. Wir werden weiterhin dafür einstehen, dass ausreichende staatliche Unterhaltsgelder gezahlt, Wohngeld und Sozialhilfe gewährt und ein anständiger Mindestlohn eingeführt werden, um uns StudentInnen ein für allemal aus der Armutsfalle zu befreien.“

Übers.: Fiz Garvie, Glasgow

Studiengebühren in Deutschland

Die Forderung nach der Einführung von Studiengebühren wird von Politikern aller Parteien immer wieder erhoben. Die Bundesregierung hat bis heute kein Gebührenverbot erlassen. In beinahe allen Bundesländern gibt es eine sehr knappe finanzielle Situation an den Hochschulen. Daher werden Privatisierungen, Auslagerungen, Stellenabbau und die Einrichtung von Studiengebühren erwartet. Die Situation:

Berlin: Es werden Verwaltungsgebühren von 100 DM pro Semester eingezogen. Weiterhin werden in Aufbau-, Postgraduate und ähnlichen Studiengängen erhebliche Gebühren erhoben. Eine Studentin hat eine Musterklage eingereicht. **Baden-Württemberg:** Das Studium ist grundsätzlich gebührenpflichtig, aber es gibt (bisher) kostenlose Gutscheine für die Regelstudienzeit plus vier Semester. Danach werden 1000 DM pro Semester fällig. **Niedersachsen:** 100 DM „Verwaltungs-kostenbeitrag“, wird von vielen Studierenden unter Vorbehalt gezahlt, für den Fall, dass eine Musterklage erfolgreich ist. **Thüringen und Schleswig Holstein:** Hochschulgesetz schließt Gebühren bisher aus. **Sachsen:** Für ein Zweitstudium werden 600 DM pro Semester fällig. **Bayern:** Für ein Zweitstudium werden 1000 DM pro Semester fällig.

Gegen Elitebildung und Einsparungen im Bildungsbereich gibt es Demonstrationen am 7. Juni in Stuttgart, Köln und Berlin. Infos: (0221) 13 46 04



Zerstörter Personenzug bei Gredelica in Jugoslawien. 17 Menschen starben bei diesem Angriff US-amerikanischer Bomber. Ein Beispiel für die „beste Leistung im Dienst der Verständigung“.

Karlspreis für Bomben auf Belgrad

VORAN sprach mit Holger aus Aachen:

VORAN: Am 2. Juni wird der Aachener Karlspreis an Bill Clinton verliehen. Wieso und warum?

Holger: Bill Clinton soll ihn für seine Rolle im Balkan-Krieg bekommen. Der „Internationale Karlspreis zu Aachen“ wird für die „beste Leistung im Dienst der Verständigung und der internationalen Zusammenarbeit im Europäischen Raum“ vergeben. Hier wird deutlich, dass den Herrschenden der NATO-Krieg vor allem dazu gedient hat die europäische Vorherrschaft auf dem Balkan zu sichern.

Wem wurde der Karlspreis schon verliehen?

Seit den 50er Jahren wird er alljährlich hochrangigen Politikern verliehen. Es handelt sich um eine Riege von Kriegstreibern und in Korruptionskandale verwickelten Politikern. Von Konrad Ade-

nauer über Winston Churchill, bis hin zu Paul Henri Spaak, einem ehemaligen Generalsekretär der Nato wurde dieser „Friedenspreis“ verliehen. Henry A. Kissinger, die rechte Hand von Präsident Nixon im Vietnamkrieg, bekam ihn auch. Auch Helmut Kohl und Francois Mitterrand wurden in Aachen geehrt. Letzterem wurde übrigens anlässlich seines Aufenthaltes in Aachen extra eine neue, vergoldete Toilette ins Rathaus eingebaut.

Wer entscheidet über die Empfänger des Karlspreis?

In dem Vergabe-Gremium sitzt die „Crème de la Crème“ der Oberen, wie Helmut Werner, (Vorsitzender im Aufsichtsrat Expo 2000), Erwin Conradi (Präsident der Generaldirektion der Metro-Holding-AG), Dr. h.c. Friedel Neuber (Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank Girozentrale), Dr. Karlheinz Bentele (Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes),

Dr. Dietmar Kuhnt (Vorstandsvorsitzender der RWE AG Essen) oder Morris Tabakshlat (Vorstandsvorsitzender Firma UNILEVER N.V.).

Sind Gegenaktionen geplant?

Dieser Preis ist eine Ordensverleihung von Bonzen für Bonzen. Grund genug für uns ihn abzulehnen. Ursprünglich sollte der Preis am 1. Mai verliehen werden. Der DGB ist dann auch gleich eingeknickt und wollte die Mai-Demonstration verschieben. Das ist Verachtung bester Traditionen der Arbeiterbewegung. Die SAV hat letztes Jahr an den Protesten gegen die Karlspreisverleihung an Tony Blair teilgenommen. Auch dieses Jahr rufen wir gemeinsam mit den Ortsgruppen Siegen und Köln zum Protest gegen die Verleihung auf. Wer mitmachen will, beim Protest gegen Bonzen und Abzocker kann sich unter (0241) 508685 informieren.



Leserbriefe

Die SAV-Kassel macht eine Kampagne gegen die Kriminalisierung von Graffiti-Sprayern (weitere Infos unter Tel. 0561-9223522). In diesem Zusammenhang drucken wir eine Leserbrief-Debatte ab, die sich auf den Artikel „Just writing my name ...“ aus der VORAN Nr. 209 bezieht.

Werte GenossInnen!

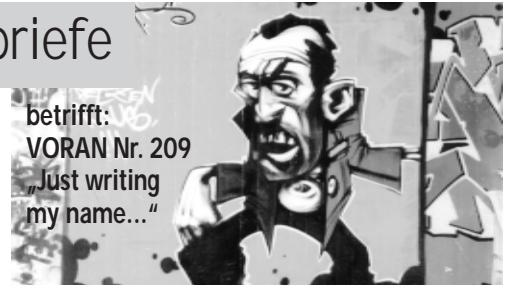
In Eurem Artikel verteidigt ihr Graffiti als Teil unabhängiger Jugendkultur. Ich muß gestehen, dass ich einige Schwierigkeiten damit habe, es als Ausdruck besonderer kultureller Kreativität zu begreifen, wenn irgendwelche Leute alle ihnen erreichbaren saubren Wände nicht etwa mit verschiedenen Bildern oder gegebenenfalls einfallsreichen Sprüchen „verzieren“, sondern mit ewig gleichen Kürzeln ihrer „Namen“. Wo würdet ihr den Unterschied zwischen verunstalteter Sachbeschädigung und Kultur sehen? Der überwiegende Teil der Aktivitäten der Graffiti-Szene ist meines Erachtens pure Barbarei. Ich bin überzeugt, dass L. Trotzki das ebenso abgelehnt hätte, wie jenes Merkmal der russischen Arbeiterkultur, das permanente Fluchen.

Mit sozialistischen Grüßen
A. Wosni

Lieber Genosse,

Wir konnten in dem oben erwähnten Artikel leider keine präzisen Begriffsdefinitionen für „Graffiti-Kultur“ angeben, was verschiedene Gründe hat. Zum einen gibt es unterschiedliche Auffassungen in der „Szene“ selber, eine Hip-Hop-Bibel gibt es in der Form nicht. Graffiti ist eine sich dynamisch entwickelnde Kultur ohne Leitfaden.

Zum ersten: Diejenigen Leute, die sich als „Writer“ bezeichnen, sehen sich auch als Aktivisten in der Kultur. Das heißt, sie haben den Ehrgeiz eben verschiedene Bilder und neue Stile zu schaffen, wenn jemand ewig das gleiche malt oder trotz jahrelanger Praxis nur schnell und unsau-



ber Wände beschmiert, ist der Respekt unter anderen Writern äußerst gering. Das „Verteilen ewig gleicher Namens-kürzel“, das sogenannte „taggen“ dient bei Bildern dazu, den Urheber deutlich zu machen. Leute, die ausschließlich mit einem Edding in der Tasche rumziehen, Tags an jede dritte Klotzr schmierern, noch nie eine Dose in der Hand gehabt haben und sich „Graffiti-Maler“ nennen, werden von der Szene genauso ernst genommen wie Oskar Lafontaine von uns, wenn er sich als Sozialist bezeichnen würde. Außerdem gibt es überall Eddings zu kaufen, die Graffiti Szene ist nicht für jedes „Wu-Tang“ oder „Gabi liebt Klaus“ verantwortlich!

Der Vergleich mit „einfallsreichen Sprüchen“, also sogenannten Spontisprühereien hinkt ein wenig, da ein Aktivismus in einer Kultur noch nicht automatisch ein höheres politisches Bewußtsein bedeutet. Ein sicherlich fortschrittlicher Aspekt ist das geringe Vertrauen auf den Staatsapparat und auch der in der Hip-Hop-Kultur verbreitete Internationalismus, der schon in einigen Städten zu physischen Auseinandersetzungen mit der Neonazi-Szene geführt hat.

Ansonsten aber ist es in der Graffiti-Szene aber wie in jeder anderen nicht ausschließlich politischen Kultur: Wenn es gesamtgesellschaftlich eine Politisierung gibt, spiegelt sie sich dort wieder. So wie die österreichische Kulturszene (die übrigens deutlich weniger proletarisch ist, als die Graffiti-Szene) erst seit Haider wieder ein wenig politisch ist, fanden sich 1993-1995 in vielen Pices, legalen wie illegalen, Sprüche wie „Nazis

raus“ oder „Fuck Nazis“ als Tags beige-fügt.

Dass du die „kulturelle Kreativität“ anzweifelist ist mir allerdings ein Rätsel. Hier entscheiden sich Leute, gegen geltendes Recht Kunst zu schaffen. In einem System, das ihnen das Ausleben ihres kreativen Potentials fast völlig verweigert, sei es in Schule, Uni oder Betrieb, in dem wir nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung zu funktionieren haben wählen sie einen anderen Weg. Selbst wenn es kein Ausdruck systemverändernden Willens ist, so ist doch die Entscheidung, in einer kriminalisierten Kunst aktiv zu werden zumindest eine Entscheidung dagegen, sich dem herrschenden Gesetz unterzuordnen.

Selbst wenn der Protestcharakter der Hip-Hop-Kultur in weiten Teilen planmäßig zerstört wurde, viele der AktivistInnen sind sich der Wurzeln bewußt: Wenn die bürgerlichen Zeitungen, Fernsehsender und Radioanstalten haben, schaffen wir uns eigene Medien. Für SozialistInnen mögen das die VORAN oder die SoZ sein, für HipHopper ist es eben das Mikrofon oder die Wand. Wo das Theater oder offizielle Kunstgalerien die Jugend nicht ansprechen (geschweige denn, dass sie bezahlbar seien), ist sie gezwungen, sich ihre eigene Kultur zu schaffen. Oder mit den Worten der Heidelberger Stieber Twins: „Warum nach Paris, unsere Kunst gibt's gratis; Outlines auf Intercitys von Salvator Dalis. Pices riesengroß und Spraypicassos, unser Louvre kostenlos auf Interregio“.

Mit revolutionären Grüßen
David, Kassel

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neue Fusionen aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen gemeldet werden. Mega-Konzerne entstehen, die jährliche Bilanzsummen von bis zu 5 Billionen DM vorweisen können. Zehntausende Arbeitsplätze werden in den neu entstandenen Konzernen vernichtet. Was ist die Ursache der jüngsten Fusionswelle? Wohin führt die Entwicklung? Ist die Arbeiterbewegung gegen die Mega-Konzerne machtlos?



Von Frank Nitzsche, Siegen

Karl Marx hat als erster beschrieben, dass die allgemeine Entwicklung des Kapitalismus Richtung Konzentration und Zentralisation des Kapitals geht. Fusionen hat es im Kapitalismus immer gegeben. Allerdings dreht sich in den letzten Jahren das Fusionskarussell immer schneller und die entstehenden Konzerne werden immer gigantischer.

Geschichte

Der Kapitalismus hat in seiner Geschichte eine Reihe von verschiedenen Epochen erlebt. Die Epoche der „freien Konkurrenz“ ging bis zum Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Als Folge der großen Wirtschaftskrise von 1873 entstanden vermehrt große Kartelle (Unternehmenspartnerschaften, die beispielsweise Preisabsprachen treffen), die allerdings noch einen Ausnahmeharakter hatten. In den darauffolgenden neunziger Jahren wurden die Kartelle zur Grundlage des gesamten Wirtschaftssystems. Ein Beispiel dafür ist das Kohlemonopol des Rheinisch-Westfälischen Kohle-Syndikats, das 1910 fast 96 Prozent der gesamten Kohleförderung im Ruhrgebiet beherrschte.

Zahl der Fusionen verdreifacht

Die Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse hat sich in den neunziger Jahren weltweit fast verdreifacht, von rund 9.000 auf fast 25.000. Der Wert der Zusammenschlüsse hat sich von 290 Milliarden auf 2,4 Billionen Dollar verdreifacht.

Die sogenannte freie Marktwirtschaft, die so gerne von den Liberalen beschworen wird, ist deshalb schon seit über einhundert Jahren eine Farce.

Die Entwicklung von der freien Konkurrenz zur Monopolwirtschaft ist aber kein gradliniger Prozess, sondern eine Tendenz, die immer wieder unterbrochen wurde. Dies hat verschiedene Ursachen:

- Erstens hängt das mit der ungleichmäßigen Entwicklung der Weltwirtschaft zusammen (Eintreten neuer Wirtschaftsmächte in den Weltmarkt - USA ab Jahrhundertwende, Japan nach 2. Weltkrieg, Tigerstaaten).

- Zum Zweiten hat das Aufkommen neuer Technologien zur Folge, dass neue Firmenkomplexe entstehen, während die alten Konzerne auf die neuen Entwicklungen sehr langsam reagieren.

- Drittens gibt es nach Krisen oder Kriegen eine gewisse Neuordnung der Weltwirtschaft (BRD nach dem 2. Weltkrieg, Zusammenbruch von Firmen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932).

Aber letztlich setzte sich immer wieder der Trend zu größeren Konzernen durch.

Veränderte Unternehmensstrategie

Mit der Wirtschaftskrise von 1973 ging der Nachkriegsaufschwung zu Ende. Der Konkurrenzdruck verschärfte sich. Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen wurden durchgeführt. Wenig produktive Bereiche wurden zerschlagen und Millionen Menschen verloren ihren Job.

Um in Zukunft weniger anfällig für Krisen in bestimmten Wirtschaftssparten zu sein, begannen sich die

Konzerne verschiedene Standbeine einzuverleiben und mutierten zu Mega-Mischkonzernen. Das lief unter dem Stichwort Diversifikation. Konzerne wie Daimler Benz, die vorher nur Autos gebaut hatten, kauften Firmen auf, die mit dem traditionellen Geschäft nichts zu tun hatten. Ziel war durch Wachstum in die Breite eine stärkere Stellung insbesondere auf dem inländischen Markt zu erreichen.

Auf der immerwährenden Jagd nach neuen Märkten war das Kapital auf der Suche nach Bereichen, die bisher noch nicht ihrer Profitgier zum Opfer gefallen waren. National und international wurden unter den Schlagworten Liberalisierung und Deregulierung dem Kapital neue Möglichkeiten erschlossen. Weltweit wurden Regierungen unter Druck gesetzt, staatliche Bereiche wie Post, Telekommunikation, Bahn und andere Staatsbetriebe zu privatisieren. Dieser Prozess hält bis heute an.

Er wurde mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten, die eine eingeschränkte Systemkonkurrenz zum Kapitalismus darstellten, enorm beschleunigt.

Wer im internationalen Konkurrenz-

kampf bestehen will, muss auf allen Märkten, in möglichst vielen Ländern der Welt präsent sein. Deshalb setzen die Konzerne bei Firmenübernahmen und Fusionen wieder auf die Vergrößerung ihres Kerngeschäftes. Autokonzerne übernehmen Autokonzerne, Telekommunikations-Riesen schlucken an-

dere Firmen aus derselben Branche. Die Konzerne mutieren erneut - vom Mega-Mischkonzern zum Mega-Spartenkonzern.

Erleichtert wird den Kapitalisten ihr Firmenmonopoly durch den Rechtsruck der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaftsführer. Weil sie keine Systemalternative zum Kapitalismus anbieten, verteidigen die einen die Megafusionen als „Standortsicherung“, während die anderen bloß mit den Schultern zucken. Soziale Standards, relative Sicherheit des Arbeitsplatzes - alles Schnee von Gestern. Der steigende Konkurrenzdruck fordert seinen Tribut: Das Primat des „Shareholder Value“, (Anspruch der Aktionäre auf Dividende) und damit Kapitalrenditen über 10 Prozent sind nun ganz offiziell die Ziele der Unternehmenspolitik.

Alle Sparten, die die Renditevorgaben nicht erfüllen, sind nur ein „Klotz am Bein“ des Konzerns.

Überproduktion und der Shareholder Value

Ein Ziel der Fusionen ist also groß genug zu sein, um im Kampf um Mär-

Viele Fusionen scheitern

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat dargelegt, dass 40 Prozent aller Großfusionen scheitern und es eine Verschlechterung der Ertragslage bei 41 Prozent der fusionierten Unternehmen gegeben hat. Andere Experten schätzen, dass sogar 50 bis 75 Prozent aller Fusionen schief gehen.

te weltweit mithalten zu können. Ein anderer Grund ist der Abbau von Überkapazitäten. Denn seit dem Ende des Nachkriegsbooms Mitte der 70er Jahre hat sich wieder die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur Überproduktion bzw. Aufbau von Überkapazitäten durchgesetzt. Diese Tendenz gibt es, weil jedes Unternehmen, (will es konkurrenzfähig sein), mehr, schneller und damit billiger als sein Konkurrent produzieren muss. Da alle Unternehmen dazu gezwungen sind, weil die kapitalistische Wirtschaft ungeplant und anarchisch abläuft, entstehen Überkapazitäten.

So gibt es in der Autoindustrie seit Jahren Überkapazitäten von 20 Prozent, die nur durch eine Marktvereinbarung, das heißt durch das Schließen von Werken, abgebaut werden können. Da bietet es sich an, Konkurrenten aufzukaufen und Kapazitäten stillzulegen.

Angesichts von Überkapazitäten gehen die Kapitalisten dazu über, mit ihren Gewinnen an der Börse zu spekulieren statt sie in die Produktion zu investieren. Aber auch an der Börse herrscht das Gesetz der Konkurrenz. Gekauft werden Aktien der Banken und Konzerne, die die höchsten Renditen versprechen. (Zuweilen auch schlicht in der Hoffnung auf steigende Kurse).

Monopole

Viele Wirtschaftssparten sind heute schon unter wenigen Konzernen aufgeteilt.

→ 200 Konzerne kontrollieren heute 33 Prozent des Welthandels, 1960 kontrollierten sie gerade mal 16 Prozent

→ 20 Investmentbanken kontrollieren heute 100 Prozent der Bankensparte „Kapitalberatung“

→ zehn Autokonzerne haben 95 Prozent der weltweiten Autoproduktion unter sich aufgeteilt

→ sechs Ölkonzerne kontrollieren 90 Prozent der Erdölförderung

→ zwei Flugzeugkonzerne (Boeing, Airbus) haben einen 95 Prozentigen Anteil am Weltmarkt

→ ein Konzern (Microsoft) kontrolliert 90 Prozent der Computer Software-Branche

Diese Renditen erreichen die Unternehmen nur durch Rationalisierung. Die Dresdner Bank mit einer Eigenkapitalrendite von 8,7 Prozent und die Deutsche Bank mit einer von 14 Prozent, liegen weit hinter denen der britischen Banken mit einer Rendite von 20-30 Prozent. Diese wurde durch Rationalisierung, Massenentlassungen, Schließung von Filialen und Umstrukturierungen erreicht.

„Angriff“ lautet daher die Parole. Der Chef der Deutschen Bank, Rolf Breuer, sprach bei der Bekanntgabe der jetzt gescheiterten Fusion mit der Dresdner Bank von einem „Powerhaus“, das „führen“ wolle und nicht das getriebene sein will. Der „Kampf“ um internationale Märkte



Stahlarbeiter von Krupp und Thyssen demonstrierten vor der Deutschen Bank gegen den Zusammenschluss der beiden Konzerne und drohende Arbeitsplatzverluste.

sfieieber irtschaft ist krank

sei „entbrannt“. Die durch den Konkurrenzdruck diktierte Kosteneinsparung ist eine der wichtigsten Hintergründe der aktuellen Fusionswelle.

Misserfolge

Das heißt aber nicht, dass jede Fusion ein Erfolg wäre. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat dargelegt, dass 40 Prozent aller Großfusionen scheitern und es eine Verschlechterung der Ertragslage bei 41 Prozent

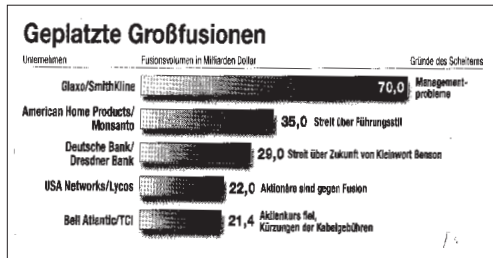
Zusammenschlüsse die Marktpositionen stärken. Wolfgang A. Baertz, Sprecher der Dresdner Bank in Luxemburg spricht von Neupositionierung und meint Überlebenskampf im Bankensektor: „Zunehmender internationaler Wettbewerb, das Zusammenwachsen des europäischen Marktes, sowie verstärkter Kosten- und Margendruck zwingt die europäischen Banken, ihre Strategie grundsätzlich zu überdenken und eine Neupositionierung in Betracht zu ziehen“.

gewinn. Die Aktien der sogenannten Neuen Märkte, Telekommunikation, Biotechnik und andere haben eine explosive Wertsteigerung erfahren. So konnte die Internet Firma AOL einen Kursgewinn von 50.000 Prozent (!) seit 1992 verbuchen. Der Börsenwert des Internet-Portals Yahoo! beträgt 200 Milliarden DM., das ist mehr als der Börsenwert von VW, BASF, Metro und Lufthansa zusammen genommen.

Durch den fiktiven Wert seiner Aktien können sich Internet-Firmen wie Yahoo und AOL mit wenigen Milliarden Umsatz andere Konzerne „einkaufen“, die das fünffache an Umsatz (Time Warner) tätigen. Dies wird durch den einfachen Aktien-Austausch mit den einzukaufenden Firmen möglich. Noch 1988 wurden weniger als zwei Prozent der Transaktionen mit Aktien-tausch bezahlt. 1998 stieg diese Zahl auf 50 Prozent.

Konzerne wie die Telekom bringen Aktien auf den Markt (T-Online), die, zumindest derzeit, schnell an Wert zulegen. Mit dem Kapital aus dem Börsengang werden dann andere Firmen aufgekauft. Ron Sommer, Chef der Telekom, erklärt die Firmenstrategie: „Wir wollen keine Bündnisse, sondern Akquisitionen (Übernahmen)“.

Insgesamt brachten die Börsengänge der Unternehmen im Jahr 1999 über 1,5 Billionen DM in deren Kriegs- und Übernahmekassen.



der fusionierten Unternehmen gegeben hat.

Unter kapitalistischen Bedingungen ist es unmöglich, die Vorteile der Fusionen voll zu nutzen. Kapitalismus ist eine Form der Kommandowirtschaft mit hierarchischen Strukturen. Entscheidungen werden nicht demokratisch sondern bürokratisch getroffen. Fehlplanungen, Reibungsverluste und Missmanagement sind daher unvermeidlich. Je größer die Konzerne werden, desto unflexibler werden sie.

Der Erfolg von Fusionen ist daher alles andere als sicher.

Bankenfusionen

Die Entwicklungen im Bankensektor sind ein gutes Beispiel für die Prozesse, die in anderen Wirtschaftsbranchen teilweise ablaufen oder noch ablaufen werden.

Während die Fusionswelle in den USA und Britannien gerade abflaut, beginnt sie in Europa erst so richtig. Von 1993-1999 gab es in den USA 600 Bankenfusionen, in Europa 360. 1999 lag dann die Zahl der Fusionen erstmals über denen der USA.

Während es bei Fusionen im nationalen Rahmen zumeist um Kosteneinsparungen geht, sollen internationale

1996 verschmolzen Chemical Banking Corp. und Chase Manhattan Corp. – die größte Fusion der amerikanischen Bankengeschichte war perfekt.

Im gleichen Jahr bilden die Bank of Tokyo und die Mitsubishi Bank den größten Bankkonzern der Welt. Seit Oktober 1999 wird in Japan an der Bildung der wiederum größten Bank der Welt, aus 3 japanischen Banken geschmiedet. Die geplante Bankfusion aus Dresdner und Deutscher Bank hätte dann wieder die größte Bank der Welt entstehen lassen. Als einen Beschleuniger dieser Fusionswelle, sieht der französische Professor Paul Boccara die herannahende Finanzkrise an den Börsen. Größe und weltweite Präsenz sollen die Kosten und Risiken eines Finanzcrashs verringern.

Übernahmen durch Aktientausch

Die Börsennotierungen einer Reihe von Unternehmen hat den Bezug zu ihren Gewinnerwartungen total verloren. So ist der Börsenwert der vor kurzem fusionierten Firma AOL-Time Warner 350 mal so hoch wie ihr Jahres-

sche Entscheidungen. Forderungen wie Steuererleichterungen, Subventionen, Senkung der sozialen und ökologischen Standards werden mit größerem Druck erhoben werden. Die Deutsche Bank hat beispielsweise eine Bilanzsumme, die das Fünffache des deutschen Bundeshaushaltes ausmacht.

Selbst bürgerliche Ökonomen, wie der

Gesellschaft, in der der Aktienwert alles und die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen nichts sind, ist eine sozialistische Demokratie, eine Gesellschaft, in der nicht die Wirtschaft über die Menschen bestimmt, sondern die Menschen demokratisch über die Wirtschaft.

Arbeitsplatzvernichtung durch Fusionen

Fusionen bedeuten in der Regel Vernichtung von Arbeitsplätzen. Beispiele:

- Fusion RWE/VEW: 3200 Stellen nach Konzernangaben, 10.000 Stellen laut Gewerkschaft ÖTV
- Fusion VEBA/Viag: 7800 Stellen
- Fusion Thyssen/Krupp: 20.000 Stellen

Dekan der Managementchule an der Universität von Ale, Jeffrey E. Garden, sehen der Machtfülle der Konzerne mit Besorgnis entgegen:

„Das große Problem, das diese gigantischen Fusionen heraufbeschwören, ist die Unausgeglichenheit zwischen der öffentlichen und der privaten Macht in unserer Gesellschaft. (...) Großunternehmen üben einen unverhältnismäßig starken Druck auf die nationale Gesetzgebung aus. (...) Megakonzerne stehen nahezu jenseits der Gesetze, weil ihre tiefen Taschen es ihnen erlauben, Ankläger mattzusetzen.“

Es gibt aber nicht nur die Macht der Konzerne, es gibt auch die Macht der organisierten Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften können sehr wohl „Nein“ zu Fusionen und Arbeitsplatzvernichtung sagen. Die Bosse brauchen nicht nur bei ihren Aufsichtsrats- und Vorstandssitzungen jemanden, der ihnen den Kaffee kocht, sie brauchen die (Mit-)Arbeit der Beschäftigten, die die Profite erwirtschaften. Man stelle sich vor, die Gewerkschaften würden Ankündigungen von Fusionen und Arbeitsplatzabbau mit Aufrufen zum Streik beantworten. Dann könnten die Manager nicht mehr ungestört ihre Fusionspläne auf Kosten der Beschäftigten durchziehen. Der Kampf der Beschäftigten muss konzern- und länderübergreifend geführt werden.

Sozialistische Alternative

Darüber hinaus muss eine gesellschaftliche Alternative zum Wahnsinn des Kapitalismus aufgezeigt werden. Um die Macht der Banken und Konzerne zu brechen müssen sie in Gemeineigentum überführt werden, demokratisch kontrolliert und verwaltet durch die Beschäftigten. Nur so würde der Zusammenballung riesiger Macht in den Händen einer kleinen Minderheit von Managern und Kapitaleignern ein Ende bereitet.

Die Alternative zur kapitalistischen

Kommt die Weltwirtschaftskrise?

Eine neue Krise ist unvermeidlich. Die Frage ist nur wann sie kommen wird und wie tief sie sein wird. Zu den Überkapazitäten und den völlig überbewerteten Aktien kommen Anzeichen einer Konjunkturabschwächung und einer zunehmenden Inflation hinzu. Der USA-Aufschwung ist im achten Jahr und wird im starken Maße von den erhofften Börsengewinnen getragen, was die Binnen-nachfrage extrem angekurbelt hat. Die japanische Wirtschaft kommt nicht aus ihrer Rezession heraus und der europäische Markt lebt von seiner hohen Exportrate, bedingt durch einen schwachen Euro.

Einen Börsenkrach und eine Krise in der realen Wirtschaft, eine „Marktber-einigung“, die die Schließung von zehntausenden Firmen und die Entlassung Mil-

Die SAV kämpft für

- Gemeinsamer, konzern- und länderübergreifender Widerstand der KollegInnen gegen Fusion und Arbeitsplatzvernichtung
- Nein zu Privatisierung
- Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten; Demokratische Wahl und Möglichkeit der Abwahl aller Personen in Leitungsfunktionen
- Internationale Planung statt kapitalistische Chaoswirtschaft

lionen Menschen nach sich zieht, eine Verschärfung der Handelskonflikte der drei Wirtschaftsböcke, mit eventuellen Handelskriegen, das ist die Perspektive. Dies wird wiederum eine Welle von sozialen Erschütterungen nach sich ziehen und Widerstand gegen die Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervorufen.

Hintergründe der aktuellen Fusionswelle

1. Die Fusionswelle ist Ausdruck des sich verschärfenden kapitalistischen Konkurrenzkampfes
2. Der verschärfte Konkurrenzkampf führt zu Überproduktion und Überakkumulation (Masse von Kapital, das in der Warenproduktion keine Anlagemöglichkeiten mehr findet) des Kapitals. Die Fusionen dienen zum Abbau von Überkapazitäten.
3. Nur die größten Konzerne können im weltweiten Kampf um Märkte mithalten
4. Die Kapitalisten spekulieren an der Börse statt in die Ausweitung der Produktion zu investieren. Die Wertsteigerung der Aktien an der Börse beschert den Firmen einen großen Kapitalzuwachs, der es wiederum erlaubt andere Firmen aufzukaufen. Die Börse treibt mit den beiden genannten Faktoren die Fusionswelle und die Fusionswelle treibt die Börse.
5. Die Fusionswelle ist auch ein Ausdruck der Vorbereitung der Multis auf eine Wirtschafts- und Finanzkrise, denn in der Krise gilt: Den letzten beißen die Hunde. Die Fusionswelle ist demnach kein Anzeichen für eine momentane Stärke des Kapitalismus, sondern ein Zeichen seiner Schwäche.

Fusionen schüren Angst und schaffen Suchtprobleme

Zu diesem Ergebnis sind Experten bei einer Fachtagung der Universität Oldenburg gekommen. Für viele Mitarbeiter laute die Botschaft: „Wir sind nichts mehr wert.“ Mancher reagiere darauf mit vermehrtem Konsum von Alkohol oder Medikamenten.

So ermöglichten die Börsengänge und der Aktientausch die 15 größten Fusionen der Weltgeschichte, die alle in den letzten 21 Monaten stattfanden.

Der Höhenflug der Aktienkurse treibt die Firmenfusionen und die Firmenfusionen treiben die Aktienkurse, so entsteht eine Spirale die sich immer schneller dreht.

Steuerpolitik treibt Fusionswelle

Die Gewinne beim Verkauf eines Unternehmens wurden bisher mit 50 Prozent besteuert. Diese Steuer soll ab 2001 wegfallen. Damit können die Unternehmen Milliarden DM einsparen. Der Weg ist damit frei für eine Umstrukturierung der deutschen Unternehmenslandschaft. Konzernteile werden verschertelt, mit dem steuerfreien Gewinn wird sich woanders eingekauft. Die Schröder-Regierung folgt mit ihrer Steuerpolitik den Wünschen des Kapitals. Die Wirtschaftsbosse wollen die Unternehmensstruktur in Deutschland umbauen, um den geänderten Erfordernissen des internationalen Konkurrenzkampfes gerecht zu werden.

Monopol, Macht und Gegenmacht

Mit zunehmender Kapitalkonzentration steigt die Macht und die Einflußmöglichkeit der Konzerne auf politi-

„Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit der Zentralisierung oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich ... die planmäßige Ausbeutung der Erde ... die Verschlingung ganzer Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten wächst die Masse des Elends ... der Entartung der Ausbeutung ... Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm ausgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die kapitalistische Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit der kapitalistischen Hülle.“

(Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1)

Generalstreik in Bolivien, die Regierung Ecuadors wird von einem Massenaufruf gestürzt, tausende mexikanischer StudentInnen besetzen ihre Universität und liefern sich Gefechte mit der Polizei, die Guerilleros in Kolumbien bringen die Regierung immer mehr in Bedrängnis, die Cardoso-Regierung in Brasilien ist mit Massenprotesten konfrontiert und in Venezuela ist eine Regierung ins Amt gewählt worden, die sich radikal gegen den Neoliberalismus ausspricht. Lateinamerika befindet sich im Aufruhr.

Hintergrund dieser dramatischen Entwicklungen sind die tiefe soziale und wirtschaftliche Krise, die den Kontinent in den letzten Jahren erfasst hat. Nach dem Zusammenbruch der brasilianischen Währung Real Anfang 1998 befanden sich weite Teile des Kontinents im letzten Jahr in einer Rezession. Auch wenn es in einigen Ländern, wie in Chile und Brasilien, im ersten Quartal 2000 wieder Wirtschaftswachstum gab, sind die sozialen Folgen allgegenwärtig und keines der Probleme gelöst. Das Beispiel Mexiko zeigt, dass die Arbeiterklasse noch lange für Wirtschaftskrisen zur Kasse gebeten wird, auch wenn die nackten Wirtschaftsdaten nach oben weisen: hier liegen die Reallohne 15 Prozent unter dem Niveau vor der Peso-Krise 1994/95. Mit dem Eintreten der Rezession in den USA kann Lateinamerika wieder in den Abgrund gerissen werden.

Spätestens seit dem Aufstand der Zapatisten zum Jahresbeginn 1994 hat es immer wieder Kämpfe und Bewegungen gegen Angriffe auf den Lebensstandard und die Rechte der Arbeiterklasse, armen Bauern und Jugendlichen gegeben. Doch mit den Ereignissen der letzten Monate, vor allem den Aufständen in Ecuador und Bolivien, haben die Kämpfe eine neue Qualität erreicht. Es fehlt nur eine Führung für diese Kämpfe, die eine Vorstellung von der Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft hat – die Massenbewegungen sind ein Schrei nach einem sozialistischen Programm und nach einer sozialistischen Organisation.

Aufbruch in Lateinamerika



Spezialeinheiten der Polizei attackieren das Gelände der Universität, auf dem sich Studierende zum Protest versammelt haben. Foto: Enzo de Lucca, La Paz

Aufstände und Streiks

Bolivien

Anfang April toste ein Orkan des Protestes durch Bolivien. Hunderttausende Bauern blockierten im ganzen Land die Straßen, die Arbeiterklasse trat in den Generalstreik, Polizisten kämpften für Lohnerhöhung und lieferten sich Gefechte mit der Armee, StudentInnen besetzten die Universitäten.

Nach Augenzeugenberichten erschienen im US-Magazin SF-Frontlines

General Felipe Agramont erklärte, dass „die Armeeeinheiten angewiesen wurden auf jede Person zu schiessen und diese zu töten, die versuchen Militäreinrichtungen zu übernehmen“. Diese Aussage alleine macht deutlich, dass in Bolivien eine wirkliche Revolte stattgefunden hat.

Auslöser war der Plan die Wasserversorgung in der zweitwichtigsten Stadt des Landes, Cochabamba, zu privatisieren, was eine vierzigprozentige Erhöhung der Wassergebühren zur Folge gehabt hätte. Die Bevölkerung der Stadt, in der es schon schwierig genug ist, sauberes Wasser überhaupt zu bekommen, reagierte auf diese Pläne mit Massendemonstrationen von Zehntau-



Bolivien: Das Volk steht auf – die Staatsmacht muß türmen

senden, die von der Armee brutal angegriffen wurden. Mindestens drei Demonstranten wurden dabei getötet, darunter der 17-jährige Victor Daza Argandoña, der durch einen aufgesetzten Kopfschuss ermordet wurde. Die DemonstrantInnen errichteten daraufhin Barrikaden, stürmten das Rathaus, brannten verschiedene Regierungsgebäude nieder und lieferten sich bewaffnete Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Die Kämpfe in Cochabamba waren der Funke, der im ganzen Land zu einer Explosion und zur Ausrufung des Ausnahmezustands führte.

Polizisten meutern

Das nächste Schlachtfeld wurde das Zentrum der Hauptstadt La Paz, das zum Schauplatz einer Polizeimeuterei wurde. Über eintausend unterbezahlte Polizisten besetzten ein Polizeigebäude und forderten eine hundertfünfzigprozentige Lohnerhöhung. Die Regierung mobilisierte sofort Armeeeinheiten, die das besetzte Gebäude umstellten und einen Angriff vorbereiteten. Polizisten, die zur Verteidigung der Besetzung dazustießen, äußerten ihren Willen bis zum Schluss zu kämpfen: „Wir wissen, dass die Armee besser bewaffnet und ausgerüstet ist, als wir. Aber wir werden auf Feuer mit Feuer reagieren.“ Am 9. April griff das Militär die Polizisten an. Sie schossen aus automatischen Waffen und warfen Rauch- und Tränengasgranaten. Die Polizisten schossen vom Dach des besetzten Gebäudes zurück und zwangen die Armee sich einige Häuserblocks zurückzuziehen.

Nach einigen Stunden griffen Regierungsvertreter ein und handelten einen Kompromiss aus, der eine fünfzigprozentige Lohnerhöhung für die Polizisten vorsieht.

Bauernrebellion und Generalstreik

Die tiefe Armut der bolivianischen Bäuerinnen und Bauern trieb diese Hunderttausendfach auf die Straßen. Autobahnen, Kreuzungen und Ländereien wurden von 300.000 Bäuerinnen und Bauern in sechs der neun Provinzen des Landes besetzt. Teile der Bevölkerung haben sich bewaffnet und gegen das Militär gekämpft. Kasernen wurden überfallen und Armeeeinheiten entführt.

Streiks von Lehrern, Bergarbeitern und anderen Teilen der Arbeiterklasse gipfelten am 13. April in einem Generalstreik, der weitgehend befolgt wurde. Demonstrationen der Streikenden wurden wiederum vom Militär angegriffen.

Nach einer Vereinbarung zwischen der Regierung und der Bauerngewerkschaft, die unter anderem die Freilassung der inhaftierten Bauernführer und den Verzicht auf die Erhöhung der Wassergebühren vorsieht, beruhigte sich die Lage vorerst. Der inhaftierte Bauernführer Felipe Quispe warf aber seinen Stellvertreter, die die Vereinbarung unterzeichneten vor, bestochen worden zu sein. Die Studierendenproteste gingen noch eine Woche, bis zur Aufhebung des Ausnahmezustands, weiter.

Die Macht lag auf der Straße... ... und niemand hob sie auf

Ecuador

Der Sturz der Regierung Mahuad am 22. Januar wird in den bürgerlichen Medien als ein Putsch von aufständischen Indianerorganisationen und Teilen des Militärs dargestellt. In Wirklichkeit fand eine revolutionäre Massenbewegung statt, die die Macht hätte ergreifen können – hätte sie eine Vorstellung davon gehabt, was damit zu tun ist.

Sascha Stanicic, Köln

Der Monatslohn eines normalen Arbeiters in Ecuador ist heute keine 100 DM wert. 62 Prozent der Bevölkerung leben unter der offiziellen Armutsgrenze, 70 Prozent sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. 1999 schrumpfte die Wirtschaft um 7,3 Prozent, die Inflationsrate erreichte 60,7 Prozent, die ecuadorianische Währung Sucre verlor 65 Prozent ihres Wertes gegenüber dem US-Dollar. Das Land hat knapp 28 Milliarden DM Auslandsschulden, was dem Bruttoinlandsprodukt entspricht. Vor diesem Hintergrund wollte der damalige Präsident Jamil Mahuad die Währung „dollarisieren“, sprich den

US-Dollar weitgehend einführen, was die Abhängigkeit des Landes vom US-Imperialismus gesteigert hätte. Die Reaktion der Bevölkerung war eindeutig: tausende Indianer marschierten in die Hauptstadt Quito, die Ölarbeiter erklärten einen unbefristeten Streik, in allen Teilen des Landes fanden Massendemonstrationen und Straßenblockaden statt, in Quito wurden die Regierungsgebäude von DemonstrantInnen umstellt und am 21. Januar besetzten ArbeiterInnen und Bauern mit dem Schlachtruf „El pueblo unido jamás sera vencido“ („Das vereinigte Volk wird niemals besiegt werden“) das Parlament.

Doppelherrschaft

Getragen wurde diese Bewegung von der Organisation der indigenen Völker (die 45 Prozent der Bevölkerung ausmachen), der Vereinigung der Indigenen Nationen Ecuadors (CONAIE) und der Koordination sozialer Bewegungen (CMS), sowie den Gewerkschaftsverbänden CSLdeE und FUT. Gleichzeitig wurde ein Volksparlament gebildet,

welches auch auf lokaler und regionaler Ebene existiert und sofort erklärte, dass es die existierende Staatsmacht nicht mehr anerkenne. Konfrontiert mit einem Aufstand der Volksmassen spaltete sich die Staatsmaschine und Teile der Armee und des Offiziersstabs, geführt von Lucio Gutiérrez, gingen zu den Aufständischen über. Angewidert vom ökonomischen und sozialen Verfall, der grassierenden Korruption und der Abhängigkeit vom US-Imperialismus wollten sie das Land von diesen Krankheiten heilen.

Tatsächlich lag die Macht in diesen wenigen Tagen auf der Straße. Die herrschende Klasse und ihre Institutionen waren unfähig Macht auszuüben und hingen in der Luft, die Massenbewegung aber hatte keine Führung, die die Macht bewusst in die eigenen Hände genommen und ein alternatives politisches und wirtschaftliches Programm umgesetzt hätte. Für einige Tage gab es Elemente einer Doppelherrschaft, und ein Triumvirat bestehend aus dem Führer von CONAIE, Antonio Vargas, dem Offizier Gutiérrez und einem Ex-

Richter namens Carlos Solorzano wurde vom Volksparlament eingesetzt. Kurz darauf wurde Gutiérrez vom Oberkommandierenden der Armee Mendoza ersetzt, der nun die Initiative ergriff und nach nur einem Tag aus dem Triumvirat zurücktrat und die Macht übernahm des vormaligen Vizepräsidenten Gustavo Noboa erklärte. Auf diesem Weg wurde die Macht an das alte Regime zurückgegeben. Dies war nur möglich, weil die Führer der Aufständischen keine Vorstellung einer alternativen Gesellschaft hatten.

Arbeiterdemokratie nötig

Nötig wäre es gewesen, demokratisch gewählte Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu bilden, die auf allen Ebenen die Macht im Lande hätten übernehmen können. Eine solche Arbeiter- und Bauernregierung hätte die großen Konzerne in öffentliches Eigentum überführen können und die Kontrolle und Verwaltung an die Beschäftigten übergeben können. Ein solches System der Arbeiterdemokratie hätte eine Alternative zu Neoliberalismus und Kapitalismus ent-

wickeln können.

Stattdessen wurde die Dollarisierung des Landes unter dem neuen Präsidenten umgesetzt, weiter wird ein neoliberales Programm verfolgt. Die Bewegung der Massen hat einen Rückschlag erlitten und die IndianerInnen haben die Hauptstadt vorerst verlassen. Die Bewegung ist jedoch nicht geschlagen oder beendet. CONAIE, die nach Umfragen 58 Prozent Unterstützung in der Bevölkerung genießt, führt zur Zeit eine Volksbefragung durch, die über die Auflösung des Parlaments, des Obersten Gerichtshofs und über die Dollarisierung entscheiden soll.

Der Aufstand vom Januar war nur ein vorläufiger Höhepunkt im Kampf der Massen Ecuadors. CONAIE hat dem neuen Präsidenten sechs Monate gegeben, um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, ansonsten gebe es „eine soziale Explosion“. Diese könnte schon im Juli zur Wirklichkeit werden, wenn die Regierung wahrscheinlich eine Verdopplung der Benzinpreise bekanntgeben wird.

Zeitenwende

Venezuela



Soziale Katastrophe, Massenproteste und ein neues Regime

Die Wahl von Hugo Chávez zum Präsidenten Venezuelas und die Annahme einer neuen Verfassung per Referendum drücken eine bedeutende Radikalisierung und Linkswende in der venezolanischen Gesellschaft aus. Die USA blicken mit Sorge auf die Entwicklungen bei ihrem größten Erdöllieferanten. Die Veränderungen in Venezuela sind von großer Bedeutung für ganz Lateinamerika und eine Herausforderung für die Linke.

Sascha Stanicic, Köln

Hugo Chávez, der seit 14 Monaten amtierende Präsident Venezuelas nennt die Entwicklungen in seinem Land eine „friedliche Revolution“. Das „Handelsblatt“ bezeichnete die Herrschaft des ehemaligen Fallschirmspringers als eine Militärdiktatur und drückt damit nur die Sorgen imperialistischer Kreise vor dem unberechenbaren Radikalismus des neuen Machthaber in Caracas aus, der das Gesicht seines Landes drastisch verändert hat.

Verarmung der Bevölkerung

Hintergrund der Veränderungen in Venezuela ist die tiefe

Jahren nicht nur wiederkehrende Streiks und Massenproteste gegen die IWF-treue Politik der verschiedenen Regierungen, sondern auch verschiedene Putschversuche junger Offiziere.

Gerade in den Streitkräften verschiedener lateinamerikanischer Länder gibt es eine starke Tradition von radikalem bürgerlichem Nationalismus (hier darf der Nationalismus einer ausgebeuteten ex-kolonialen Nation nicht mit dem Nationalismus der Ausbeuter verwechselt werden) und Drang zu Unabhängigkeit von imperialistischer Dominanz und einer gewissen Verbundenheit mit den Armen. Viele sehen sich in der Tradition des revolutionären Demokraten Simon Bolívar, der im 19. Jahrhundert für die Unabhängigkeit Lateinamerikas kämpfte und die Vereinigung des Kontinents anstrebt.

Linker Populismus

So liess Chávez dem Land einen neuen Namen geben: Bolivarianische Republik Venezuela heisst es nun und allein diese Namensgebung ist in den Augen der Massen ein Akt des Antimperialismus.

Aber Chávez hat es nicht bei reiner Symbolik belassen. Nach seiner Wahl zum Präsidenten liess er eine Verfassungsgebende

die kulturellen Rechte der indigenen Bevölkerung werden festgeschrieben.

Die Arbeitszeit wurde von 48 auf 44 Stunden verkürzt. Für Öl- und Gasindustrie sowie für das Rentensystem wurde die Privatisierung verboten und, wenn auch nur in sehr allgemeiner Form, die Rolle des Staates in der Wirtschaft betont. All das sind Paragrafen die, auch wenn sie den Test auf die Realität noch bestehen müssen, eindeutig gegen den neoliberalen Mainstream gerichtet sind.

Chávez hat 150 korrupte Richter des Amtes entbunden und die Wahl der Richter durch das Volk angekündigt. Auch gegen korrupte Gewerkschaftsführer ist er vorgegangen und hat verhindert, dass sie ihren Reichtum ausser Landes schaffen konnten. Das neue Arbeitsrecht sieht sowohl die Wahl der Gewerkschaftsfunktionäre vor, als auch eine Entlohnung, die nicht über die „normalen“ Angestellten hinausgeht.

Um das Ansehen des Militärs in der Bevölkerung zu verbessern hat er 50.000 Soldaten beim Straßen-, Wohnungs- und Schulbau, sowie im Gesundheitswesen und der Landwirtschaft eingesetzt. Bei Militärparaden haben die Soldaten keine Waffen, sondern Sensen getra-

nen Entwicklungen. Es repräsentiert eine Welle der Radikalisierung und wachsender Opposition gegen den Neoliberalismus und gegen imperialistische Dominanz. Doch Chávez hat keine sozialistische Perspektive. Er steht eindeutig auf dem Boden von Privateigentum und Marktwirtschaft, was auch in der Verfassung festgeschrieben wurde. Das Regime repräsentiert Teile der Mittelschichten und des Bürgertums, die die Gesellschaft vom Verfall und der Korruption des alten dominierenden Establishments befreien wollen und eine größere nationale Unabhängigkeit vom Imperialismus anstreben. Dabei kann es sich auf die Radikalisierung der Arbeiter- und Bauernmassen stützen.

Das Chávez-Regime ist ein Stachel im Fleisch des US-Imperialismus, aber es ist alles andere als sicher, in welche Richtung es sich entwickeln wird. Chávez stützt sich auf die Volksmassen, um Maßnahmen gegen die alten Eliten des Landes durchführen zu können, doch er bricht nicht mit diesen und kann sich in Zukunft auf diese stützen, wenn er gegen die Volksmassen vorgehen will. Die Rolle und die Macht des Militärs sind gewachsen.

Bisher hat Chávez vor allem

sches Kapital anzu ziehen. Ebenso ist es nicht ausgeschlossen, dass sein Regime von einem Militärputsch gestürzt wird, wenn seine Politik der venezolanischen Bourgeoisie und dem Imperialismus zu weit geht und sie die Chance zu einem Gegenschlag sehen. Zur Zeit ist diese Chance kaum gegeben, da die Unterstützung in der Bevölkerung und auch bei Teilen des Militärs sehr hoch ist. Chávez jedenfalls hat selber kein Programm und keinen Plan und wird sich abhängig von dem Druck unter den er geraten wird in unterschiedliche Richtungen entwickeln.

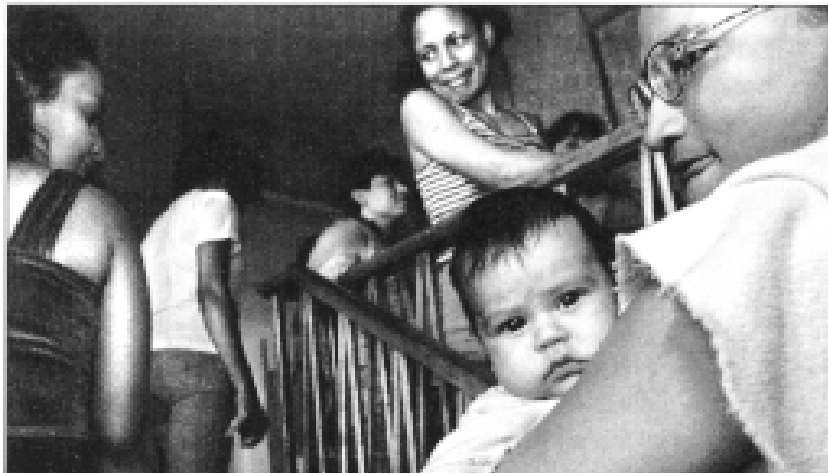
Sozialistisches Programm

Für SozialistInnen darf es, trotz aller antimperialistischer Rhetorik, keine unkritische Unterstützung von Chávez geben. Die demokratischen und sozialen Errungenschaften, die in der Verfassung festgeschrieben wurden, sind nicht umgesetzt und lange nicht gesichert. Nur die unabhängige Organisation und Aktion der Arbeiter und Bauern kann dies erreichen. Ein revolutionäres sozialistisches Programm und eine Massenpartei der Arbeiterklasse sind dazu nötig. Die Schaffung von demokratisch gewählten, unabhängigen Komitees der Arbeiter, armen Bauern, indigenen Völker und einfachen Soldaten müsste der nächste Schritt sein. Ein wirtschaftlicher Notstandsplan sollte aufgestellt werden, der die Überführung der großen Industrien und Banken in Gemeineigentum und die Konfiszierung des Großgrundbesitzes vorsieht.

In den staatlichen Betrieben müssen die Betriebsleitungen durch die Beschäftigten gewählt werden. Die in diese Funktionen gewählten Arbeitervertreter dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Sie könnten über regionale und nationale Kongresse die Basis einer Regierung der Arbeiter und Bauern bilden.

Ein solcher Plan, der sich nicht nur gegen die neoliberale Spielart des Kapitalismus sondern gegen das System als solches wenden würde, könnte die Volksmassen mobilisieren und eine Ausstrahlungskraft über die Grenzen des Landes entwickeln. Ein Appell an die ArbeiterInnen Lateinamerikas Kapitalismus und Großgrundbesitz zu stürzen und sich gegen die imperialistische Ausbeutung zu vereinigen und der Ruf nach einer sozialistischen Föderation der Länder Lateinamerikas würden auf dieser Grundlage Massenunterstützung gewinnen können. Denn der ganze Kontinent befindet sich im Aufbruch und Millionen suchen eine Alternative zum Neoliberalismus und zur imperialistischen Dominanz. Die Aufstände in Ecuador und Bolivien oder die Krise der brasilianischen Regierung sind nur drei Beispiele für diese Entwicklungen. Die Entwicklung ähnlicher Regime in mehreren lateinamerikanischen Ländern ist nicht ausgeschlossen.

Die Erfolge von Hugo Chávez sind ein Vorbote von wachsender Radikalisierung, Massenbewegungen und Aufständen, die den ganzen Kontinent erfassen werden. Und sie sind Ausdruck der Tatsache, dass die sich seit 1997 entwickelnde Weltwirtschaftskrise und die damit verbundenen Radikalisierungsprozesse die Dominanz von Globalisierung und Neoliberalismus ins Stocken gebracht hat und die Ausdehnung dieser Krise auf die USA und Westeuropa diese Prozesse beginnen wird umzukehren.



Ermuntert durch den Wahlsieg von Chavez verschaffen sich zehntausende Wohnraum, indem sie leerstehende Häuser besetzen.

Wirtschaftskrise die den ganzen lateinamerikanischen Kontinent erfasst hat und die soziale Verelendung, die breite Schichten der Bevölkerung trifft. Verstärkte imperialistische Dominanz, Globalisierung und der Verfall der Rohstoffpreise (der Ölpreis steigt erst seit ca. einem Jahr wieder) sind verantwortlich für eine massive Steigerung der Armutsrate. Während 1975 noch 33 Prozent der Bevölkerung von weniger als zwei Dollar am Tag leben musste sind dies heute 67 Prozent. 80 Prozent der Bevölkerung leben nach Schätzungen unter der offiziellen Armutsgrenze. Dies hat nicht nur die städtische Arbeiterklasse und die armen Bauern getroffen, sondern auch Teile der Mittelschichten.

Diese wurden in den letzten Jahren ebenso wie breite Teile der gesamten Bevölkerung von einer Unzufriedenheit und Radikalisierung ergriffen. Für Teile der Mittelschichten und auch der Militärs drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass Neoliberalismus, Globalisierung und IWF-Vorgaben nicht den Weg zu Prosperität und Stabilität weisen. So gab es in den 90er

Versammlung wählen, in der die KandidatInnen des „Polo Patriótico“ 91 Prozent der Sitze erlangten. Dieser „Patriotische Pol“ ist ein Bündnis aus der von Chávez geführten „Bewegung für die Fünfte Republik“ und linken GewerkschafterInnen, sozialen Bewegungen, der Kommunistischen Partei und sozialistischen Gruppierungen. Diese Versammlung arbeitete eine Verfassung aus, die im Dezember mit großer Mehrheit bei einem Referendum angenommen wurde. Diese Verfassung ist, zumindest auf dem Papier, sicherlich die demokratischste Verfassung, die es auf dem Kontinent zu finden gibt - auch wenn sie weitgehende Vollmachten für den Präsidenten vorsieht. Die Abgeordneten des neuen Parlaments müssen sich einer Abstimmung über ihre Abwahl stellen, wenn dies von 25 Prozent in ihrem Wahlkreis verlangt wird. Die Verfassung beinhaltet einen freien Zugang zum Gesundheitswesen, eine Sozialgesetzgebung und die Forderung nach Bildung für alle. Die Renten sollen dem Durchschnittslohn entsprechen und Männer und Frauen den gleichen Lohn erhalten. Auch

symbolisch gehandelt und eine radikale Rhetorik angewandt. Zwar hat er auch die Löhne im öffentlichen Dienst erhöhen lassen, doch während seiner Amtszeit sind hunderttausende Arbeitsplätze der Wirtschaftskrise zum Opfer gefallen. Er hat selber zugegeben, dass die Regierung nicht die Gelder für die versprochenen Maßnahmen zur Stärkung des Sozialstaates hat. Und das zu einer Zeit, wo die Rezession noch im vollen Gange ist und auch die im letzten Jahr gestiegenen Ölpreise daran nichts ändern konnten. Eine Verschärfung der Krise kann Chávez' Regime weiter nach links drücken und ihn zu weiteren Maßnahmen gegen das Kapital drängen, selbst die Verstaatlichung von Teilen der Wirtschaft wäre nicht ausgeschlossen. Eine Verschärfung der Krise wird aber auch den Widerstand der Massen wachsen lassen und könnte Chávez selber in einen Konflikt mit diesen bringen und er könnte seinen Kurs ändern, denn er ist nicht bereit grundlegend mit der Herrschaft des Kapitals zu brechen. So hat er Ende 1999 bei einem Besuch in Paris Privatisierungsmaßnahmen angekündigt, um ausländi-

Wohin geht Chávez?

Regime wie das von Hugo Chávez sind kein neues Phänomen, aber es markiert einen Wendepunkt in den internatio-

Irak: Embargo tötet Kinder

Das Embargo der „internationalen Gemeinschaft“ gegen den Irak sollte angeblich dazu dienen, den Diktator Saddam Hussein zu Fall zu bringen. Nach zehn Jahren ist Saddam Hussein immer noch an der Macht und das irakische Volk am Ende. Dies belegt ein Bericht der katholischen Hilfsorganisation Caritas, die nicht gerade für radikale Kritik an den Herrschenden in Europa und den USA bekannt ist.

Die Arbeitslosigkeit liegt bei 75 Prozent, das monatliche Durchschnittseinkommen bei 6000 Dinar, das entspricht 3,90 DM oder zwei Kilo Fleisch. 65 Prozent der Menschen sind vollständig von der öffentlichen Nahrungsmittelversorgung abhängig. Jedes dritte Kind ist unterernährt, ebenso viele weisen Wachstumsrückstände auf. 95 Prozent aller Schwangeren leiden wegen Unterernährung an Blutarmut. Die Kindersterblichkeit hat sich seit 1991 vervierfacht, jeden Monat sterben 4500 Kinder an Mangelkrankheiten. Das Land ist vollkommen von Waren und Kommunikation abgeschnitten. Die Caritas spricht von einer „vorindustriellen Gesellschaft“. Das Bildungswesen existiert nicht mehr. „Es gibt keine Bücher, kein Papier und kein Lehrgerät mehr“, so ein UN-Mitarbeiter.

Die USA und ihre Verbündeten behaupten, die schlimme Lage der irakischen Bevölkerung wäre keine automatische Folge des Embargos, sondern wäre alleine durch Saddam Husseins Herrschaft verursacht. Doch der UN-Bericht über humanitäre Angelegenheiten im Irak, von Sponeck, und seine Mitarbeiter bewiesen, dass 90 Prozent aller Waren, die der Irak einführte, an die Bevölkerung verteilt wurden. Saddam Hussein ist ein brutaler Diktator. Doch die schlimmsten Barbaren, die das irakische Volk verhungern an Krankheiten sterben lassen, sitzen in den Regierungen der westlichen „zivilisierten“, „demokratischen“ Länder. Kein Wunder, dass das Volk Saddam Hussein heute stärker unterstützt als zu Zeiten des Golfkrieges. (Infos aus: „Sozialcourage“, Magazin der Caritas).

Proteste nach Börsenkrach

In Griechenland schlagen die Aktienkurse 1998 und 1999 um 85 bzw. 102 Prozent. Der Parallelmarkt (das griechische Gegenstück zum „Neuen Markt“ bei uns) legte 1999 sogar 658 Prozent zu. Auch Familien der Mittelschicht kaufen von ihren Ersparnissen oder auf Kredit Aktien, um an diesem Boom teilzuhaben. Inzwischen besitzen etwa 30 Prozent der Haushalte Aktien.

Aber seit Jahresbeginn brauchen die Aktienkurse massiv ein, der Parallelmarkt bis Anfang April um die Hälfte. Zehntausende Kleinaktionäre wurden in Schulden gestürzt. Die ruinierten Kleinaktionäre forderten „Gebt uns unser Geld zurück“ und riefen „Sie bestehen uns“. Die Regierung bekam die Proteste erst nach zwei Tagen mit Hilfe von Polizei-Sondereinsatzkommandos unter Kontrolle. Zugleich versuchte sie, die Kurse künstlich zu stützen, aus Angst vor anhaltenden Protesten mitten im Wahlkampf. ■

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand
Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV
Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung Voran gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität
Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei
Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der

Schroder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuererleichterungen an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nach dem Regierungswechsel nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Landerebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus
Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeingut überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege. Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zur Europäischen Währungsunion

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeingut.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Warum ich SAV-Mitglied bin

Von Steffen Rothkirch, Cottbus

Kemengelernt habe ich die SAV bei der verbotenen Luxemburg-Liebkecht Demonstration. Mich hat schließlich auch ein Genosse der SAV angesprochen, wir hatten ein sehr gutes Gespräch, endlich hat mir jemand mal zugehört und sich für meine Meinung interessiert. Anschließend hat die SAV noch eine sehr gute Veranstaltung abgehalten, ich habe viel Material eingepackt und entschieden, weiter mitzumachen.

In Cottbus ist es ziemlich trostlos, die Arbeitslosigkeit liegt bei 25 Prozent, die Neubaugebiete sterben langsam aus, es gibt viele sozial Schwache, es wird immer mehr bei Jugend-

klubs und Kultur gespart, und die rechte Szene wird immer stärker.

Ich wollte schon lange politisch aktiv werden, nach der Wende waren alle so rausgerissen, alles wurde schlechter, auch die menschlichen Bindungen, es ging nur noch um Geld. Ich hab irgendwann angefangen Lenin und das „Kommunistische Manifest“ zu lesen und mich entschlossen, was zu verändern.

Zuerst war ich bei den Punks mit rumgehenden, aber die haben gar nichts auf die Reihe gekriegt. Bei der PDS wollte ich mithelfen, aber die haben das abgelehnt, ich sollte nur brav zuhören, was die erfahrenen Genossen sagen, anfangs fand ich den Gysi ja gut, aber jetzt mit den

UNO Einsätzen im Krieg, das kann man auch vergessen.

Was ich möchte ist für die nächste Generation die Welt zu erhalten, dass alle Menschen friedlich zusammenleben, es keinen Krieg, und für jeden was zu essen gibt. Ich bin gegen den Reichtum weniger, die mit Nichtstun an der Börse arricch werden, während andere sich für eine mickrige Rente abrackern. Zusammengefasst will ich mit der SAV und der politischen Arbeit folgendes erreichen: Ein menschenwürdiges Leben für alle, die Erhaltung der Natur, größere Solidarität zwischen den Menschen, die eigene Lebenssituation verbessern. ■

Spenden von unten gegen die da oben

Wir brauchen 25.000 Mark!

Mit dem überaus erfolgreichen Sozialismus-2000-Wochenende ist die SAV in einen heißen Sommer gestartet. Neben den lokalen Kampagnen gegen Bildungsabbau und gegen die Nazis muß der Umzug der Bundeszentrale von Köln nach Berlin organisiert werden.

Nicht zuletzt der Streik von 40.000 Berliner LehrerInnen und SchülerInnen gegen Bildungsabbau hat gezeigt, dass Berlin auch immer mehr zur Hauptstadt des Widerstands wird. Berlin ist die Schnittstelle zwischen Ost und West und der Ort, an dem sich die politischen Entwicklungen in der Linken am schnellsten niederschlagen werden. All das sind wichtige Gründe, den Sitz der Leitung einer sozialistischen Partei in diese Stadt zu verlegen. Der SAV-Bundesvorstand erhofft sich von diesem Umzug auch eine neue Dynamik für den Aufbau der Sozialistischen Alternative

in Ostdeutschland.

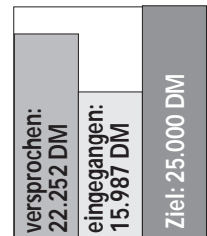
Ein solcher Umzug ist mit erheblichen Kosten verbunden. Deshalb haben wir den Berlin-Fonds mit einem Ziel von 25.000 DM gestartet. Einen Teil des gespendeten Geldes werden wir auch zur Unterstützung der Arbeit des Komitees für eine Arbeiterinternationale, der internationalen Organisation der die SAV angeschlossen ist, verwenden. Eine Spende von 1000 DM an unsere nigerianische Schwesterpartei Demokratische Sozialistische Bewegung (DSM) hat die GenossInnen dort schon erreicht.

Auf dem Sozialismus-2000-Wochenende haben 230 TeilnehmerInnen die Riesensumme 8775 DM gespendet. Im Gegensatz zu den etablierten Parteien, die sich größtenteils über legale oder illegale Großspenden der Kapitalisten finanzieren, spenden an die SAV ausschließlich ArbeiterInnen, Jugendliche und RentnerInnen, von denen einige allerdings Spenden von ein und

zweitausend Mark geleistet haben. Die SAV verwendet jede gespendete Mark um sozialistische Ideen zu verbreiten, Kampagnen zu organisieren und für den Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei einzutreten.

Mit den Spenden vom Sozialismus 2000 kommen wir auf 15.987 DM eingegangene und 6265 DM versprochene Spenden. Es fehlen also nur noch 2748 DM zu unserem Ziel von 25.000 DM. Jetzt ist es wichtig, dass alle versprochenen Spenden schnell eingelöst werden. Alle Mitglieder und UnterstützerInnen, die noch nicht gespendet haben, sollten jetzt ihre Spende überweisen oder bei ihrer SAV-Ortsgruppe abgeben.

Konto-Nr. 250059430
Postbank Essen
BLZ 360 100 43



Ich erteile VORAN e.V. eine **Einzugsermächtigung** über: _____ DM o einmalig o monatlich o vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift _____

Kontoblank, BLZ _____

Ort, Datum, Unterschrift _____

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, Sedan Eck, Adalbersteinweg 233
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, Sedan-Eck, Adalbersteinweg 233
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe Mundo, Welt-Haus, An der Schanz 1
OG Mitte/Süd: Mi. 19 Uhr, Ché-Haus, Pontstraße 41
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro

Berlin

OG Treptow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbshilfenzentrum, Femstr. 31, S-Bahnhof Schönnewide
OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro

Bremen

Dienstags, 19 Uhr, Jugendfreizeitzentrum Friesenstr. 110.
Infos: Tel. (0421) / 5 57 68 97, e-mail: savbremen@nord-com.net

Bremerhaven

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Dresden

OG Dresden: Freitags, 18.30 Uhr im Stadteilhaus Neustadt, Prießnitzstr. 18

Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58. Infos unter (0761) 4 16 32 oder www.SAV-Freiburg-Online.de

Hamburg

Montags, 19 Uhr, „Kölibri“, Hein-Köllisch-Platz (S-Bahn Reeperbahn). e-mail: savhamburg@gmx.de

Kassel

Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522

Kiel

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Köln

OG Innenstadt: Dienstags, 20 Uhr Allerweltsch, Körnerstr. 77-79
OG Kalk: Donnerstag 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Kanstr./Ecke

Wiersbergstraße, U-Bahn Kalk Kapelle. Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

Rostock

OG Rostock: Donnerstags, 19 00 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg). Infos unter Tel. (0381) 4996590 im SAV-Büro

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, Frankfurter Str. 82, Nähe Löhrtor. Infos: Tel.: (0271) 51 291

Stuttgart

Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9, Infos unter Tel.: (07 11) 242442

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 13 45 04: Cottbus, Darmstadt, Duisburg, Essen und Frankfurt/Main

VORAN um
Vorans, Hansaring 4, 50670 Köln
Tel.: 02 21/13 45 04 oder 13 46
04, Fax: 02 21/13 72 80
e-mail: SAVBUND@AOL.com
Internet: www.SAV-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Sascha Stanicic
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

Die nächste VORAN erscheint am 21. 6.

Sozialismus 2000 Rote Ostern in Berlin

230 TeilnehmerInnen erleben zu Ostern ein interessantes Wochenende. Diskussionen über Alternativen zum Kapitalismus, geschichtliche und aktuelle Themen sowie die Berichte der internationalen Gäste aus Irland, Russland, Österreich, Tschechien, Kaschmir und den Niederlanden boten für jede/n Anregungen und Ideen.

David Matrai, Stuttgart

Ein Höhepunkt war die Diskussion „Veränderung durch Parlamente?“ zwischen Joe Higgins, Abgeordneter der Sozialistischen Partei (SP) im irischen Parlament und Gesine Lötzs, Abgeordnete der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus. Gesine Lötzs rechtfertigte die Sparpolitik, die Sparpolitik, die die PDS überall mitträgt, wo sie an der Regierung beteiligt ist. Für die Führung der PDS ist inzwischen Koalitionsfähigkeit der einzige Maßstab für Politik geworden. Was als „Anpassen an die Realität“ umschrieben wird, ist nichts anderes als ein Abfinden mit der Realität.

Joe Higgins hingegen machte deutlich, wie er das Parlament, die durch eine parlamentarische Tätigkeit entstehende Aufmerksamkeit der bürgerlichen Medien und die dabei entstehenden finanziellen Möglichkeiten, in den Dienst der Arbeiterbewegung stellt. Er trägt sowohl außerparlamentarische Proteste in das Parlament hinein und macht in der parlamentarischen Tätigkeit gewonnene Informationen der sozialistischen Bewegung zugänglich. Der SP in Irland, der

Schwesterpartei der SAV, geht es nicht darum, eine bequeme Nische im parlamentarischen System zu finden, sondern durch die Parlamentsarbeit den Kampf für die Abschaffung der bürgerlichen Herrschaft, für eine wirklich demokratische Gesellschaft zu führen.

Rund um die Welt

Auf der Auftaktveranstaltung mit internationalen Gästen berichtete Sonja Grusch, Bundessprecherin der SLP Österreich (Sozialistische Linkspartei), vom Kampf gegen Haider und die FPÖ. Sonja zeigte auf, dass es nicht um die Forderung nach einer „rot-grünen“ oder „schwarz-roten“ Koalition, sondern um Opposition gegen das System geht, das zwangsläufig Rassismus hervorbringt. Sie berichtete, dass die SLP die entscheidende Kraft bei der Organisation des Wiener Schülerstreiks gegen Haider war.

Bergarbeiter aus Workuta

Boris Popowkin, Bergarbeiter aus dem sibirischen Workuta und Rob Jones, in Moskau lebender Sozialist, berichteten davon, wie die Einführung des Kapitalismus die Menschen in der ehemaligen Sowjetunion niederdrückt, von Arbeitslosigkeit, Armut, grassierenden Krankheiten und der Korruption der neuen Kapitalisten. Sie erzählten aber auch, dass selbst unter widrigen Umständen Widerstand geleistet wird.

Sascha Stanicic von der Bundesleitung der SAV informierte über die aktuelle Lage in Lateinamerika (siehe S. 8/9). Durch Korrespondenten-Berichte aus Bolivien konnte ein lebendiges Bild der Ereignisse dargestellt werden.

Weitere Themen des Wochenendes waren der Kampf gegen die Diskriminierung der Frau und der Aufbau einer kämpferischen Opposition in den Gewerkschaften. Breiten Raum nahm die Diskussion über unsere Alternativen ein. Auf einer Debatte, wie eine demokratische Planwirtschaft aussehen könnte, wurden viele Fragen aufgeworfen, z. B. wie und von wem über die Produkte, die Arbeitszeit und die Verteilung entschieden werden soll. Die Zeit war etwas zu kurz, aber Referat und Diskussion vermittelten eine klarere Vorstellung



von einer sozialistischen Gesellschaft. In einem anderen Arbeitskreis wurden die Ereignisse der Oktoberrevolution 1917 in Russland und die Entwicklung der Sowjetunion hin zu einer bürokratischen Diktatur ausführlich diskutiert. Es wurde auch besprochen, wie nach einer künftigen Revolution eine Entwicklung zu einer Diktatur verhindert werden kann.

Auf ein Neues

Berichte von Aktiven aus anderen Städten über die praktische Arbeit waren auch ein Bestandteil des Wochenendes. Der Austausch über Erfahrungen bei Antifa-Aktionen oder über betrieblich-gewerkschaftliche Arbeit hat allen etwas gebracht.

Auch in den Pausen und auf der Party spielten nicht alle Basketball oder tanzten, viele diskutierten weiter.

Mehrere Interessenten entschieden sich noch während des Wochenendes, der SAV beizutreten. Die positiven Reaktionen aller zeigen, dass „Sozialismus 2000“ die richtige Mischung aus Einführung in sozialistische Ideen und weiterführenden Diskussionen war. Die SAV wird daher solche Veranstaltungen regelmäßig anbieten.



Mach mit bei der SAV

Infos: 0221-134504

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln Telefon: 02 21 13 45 04, Fax: (02 21) 13 72 80, e-mail: savbund@aol.com

EXPO-NO!

Großdemo gegen die EXPO 2000 am 27. Mai in Hannover. Infos über die Redaktion oder www.expo-no.de

Stuttgarter SchülerInnenrat: Hände weg vom Abitur!

Das Kultusministerium in Baden-Württemberg hat eine Bildungsreform beschlossen, die die Kürzungen der letzten Jahre bei weitem übertrifft. Das Abitur soll verschärfert, ein funktives Prüfungsfach eingeführt und die Teilung in Grund- und Leistungskurse abgeschafft werden.

Das lassen sich die SchülerInnen nicht mehr bieten! An etlichen Schulen regt sich der Widerstand: Einige Stuttgarter Schulen organisierten bereits von selbst Versammlungen. Im Februar gab es in Tübingen eine Demo gegen die geplante „Reform“, an der nach Schulschluss noch über 2000 SchülerInnen teilnahmen.

Der Stuttgarter SchülerInnenrat (SSR) hat das Thema aufgegriffen und bereits einige Aktionen durchgeführt. Jeden Samstag werden Unterschriften gegen die „Oberstufenreform“ gesammelt und Flugblätter verteilt; zusätzlich wird mit Reden durchs Megaphon und Aktionen versucht, Kontakt zu weiteren Schulen und PassantInnen zu bekommen. Unter der Woche versuchen wir, mit Schulbesuchen und Aktionen in den Schulen selbst, uns in anderen Schritten bekannt zu machen, Plakate aufzuhängen, zu informieren

und weitere Unterschriften – bis jetzt ca. 1300 (Stand Mitte April) – zu sammeln. Zusätzlich schicken wir regelmäßig eine/n Vertreter/in zu stadtwerten Sitzungen der Schülermitverwaltung (SMV). Inzwischen konnten wir auch schon einige Kontakte zu anderen Städten im Bundesland aufbauen.

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Gymnasialbereich hat dieses Thema aufgegriffen. Sie fordert allerdings lediglich einen „Aufschub“ der geplanten Reform und schlägt vor, Schulversuche einzuführen. Durch Schulversuche würde die „Reform“ durch die Hürde eingeführt, was den Protest schwieriger machen würde.

Die SAV unterstützt die Kampagne des SSR. Die in der SAV organisierten SchülerInnen und StudentInnen helfen aktiv mit, den SSR aufzubauen.

Für den 17. Mai organisieren wir zusammen mit SchülerInnen aus fast allen Schulen Stuttgarts eine Demonstration, für den 21. Juni planen wir eine landesweite Demonstration. Sollte das nicht reichen, fordern wir einen eintägigen landesweiten SchülerInnenstreik.

Wer mitmachen will, kann sich unter (0711) 291389 melden.

Den braunen Sumpf austrocknen!

Am 11. April fand in Siegen eine antifaschistische Demo mit über 250 TeilnehmerInnen statt. Sie wurde organisiert von der Gruppe „Menschen gegen Rassismus und Faschismus“, die die SAV in Siegen vor wenigen Monaten gegründet hat.

Unser Ziel ist es, die Nazis nicht zur Ruhe kommen zu lassen und sie daran zu hindern sich weiter aufzubauen. Die Demo war ein voller Erfolg und zeigt, dass es möglich ist, viele Menschen gegen die Faschisten zu mobilisieren. Das langfristige Ziel ist der Aufbau einer starken antifaschistischen Bewegung und der Aufgabe der SAV ist es, zu erklären, dass erst in einer sozialistischen Gesellschaft, in der Menschen nicht nach ihrer Hautfarbe oder ihrer Herkunft unterschieden werden, die Faschisten von der Bildfläche verschwunden sein werden.

Die Demo richtete sich gegen eine Kneipe in der Siegener Innenstadt, in der sich regelmäßig Neo-Nazis, mit denen der Wirt anscheinend sympathisiert, treffen. In der Kneipe verbreiten die Faschos ihren rassistischen Müll und planen ihre Aktionen.

Neue Bücher und Broschüren

Bestellungen an: SAV, Hansaring 4, 50670 Köln e-mail: savbund@aol.com. Tel. (0221) 134504, Fax (0221) 137280



Die Internationale
Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale, von Peter Taaffe. (mit Anhang: Geschichte des deutschen Trotzkismus). DIN A 4, 48 S., 4,50 DM



Texte des CWI: 7. Weltkongress
„Die Lage der Welt“ und „Ehemalige Arbeiterparteien“, A 5, 112 S., 7 DM



Russische Revolution 1917
Von Wolfram Klein. Zusammenfassung der dramatischen Ereignisse des Jahres 1917, A 5, 80 S., 10 DM.

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E9 5QX, GB., Tel.: 0044/181/533 0201 Fax : 0044/181/985 0757 E-Mail: inter@dircon.co.uk website: www.worldsocialist-cwi.org





Nazi-Terror stoppen!

In Deutschland scheinen Gewalttaten von Neonazis zur Normalität geworden zu sein. Aber die „Übergriffe“, wie in den Medien die Taten der braunen Schläger verharmlosend genannt werden, bedeuten oft ein grausames Schicksal für die Opfer.

In Eggesin verfolgten am 22. August letzten Jahres eine Gruppe Neonazis zwei Vietnamesen. Sie schlugen sie zu Boden und sprangen mit ihren Springerstiefeln auf ihre Gesichter, so dass einem der Vietnamesen die Schädeldecke gebrochen wurde und er tagelang im Koma lag.

Am 6. Oktober 99 ermordeten vier „Hammerskins“ einen Sozialhilfeempfänger in Berlin-Lichtenberg. Hammerskins gehören zu einer sehr militanten faschistischen Bewegung aus den USA, von denen es auch Anhänger in Brandenburg gibt. Zu vor hatten diese vier einen anderen Mann mehrmals eine Bierflasche an den Kopf geworfen, weil er ihnen nicht deutsch genug aussah.

Am 10. März prügeln Neonazis einen 14-jährigen Schüler fast zu Tode. Dabei wurde dem Jungen der Handwurzelknochen gebrochen und er erlitt einen Lungenriss. Das sind nur einige Beispiele.

Im Kampf gegen die Gefahr von Rechts können wir uns weder auf Staat und Polizei noch auf die etablierten Parteien verlassen. Sie erlauben und schützen Aufmärsche der Neonazis. Mit rassistischer Hetze und unsozialer Politik dängen sie noch den Boden auf dem braunes Ge-

dankentum wächst.

Das Wachsen der faschistischen Gruppen in den letzten Jahren hat auch gezeigt, dass Lichterketten und vereinzelte kleine Demonstrationen nicht reichen, um die Nazis zu stoppen.

Wenn entsprechend mobilisiert wird, dann finden sich tausende, um sich den Nazis den Weg zu stellen. So verhinderten im November letzten Jahres in Göttingen über 5000 AntifaschistInnen erfolgreich einen geplanten NPD-Aufmarsch. Sie waren einem Aufruf eines Bündnisses von Gewerkschaften, linken Parteien und Antifa-Organisationen gefolgt. Die breite Mehrheit der Menschen ist antifaschistisch eingestellt. Gerade Jugendliche sind bereit, die braune Gefahr aktiv zu bekämpfen. Aber meist fehlt es an einer Kraft, die den Kampf organisiert. Deshalb haben die SAV und ihre Schwesterorganisationen in andere europäischen Ländern die Initiative zur Gründung von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) ergriffen. JRE ist eine unabhängige Antifa-Organisation. In der Zeitung von JRE, der „No Pasaran“ heißt es:

„Brutale Naziüberfälle auf AusländerInnen, Behinderte, Homo-, Bi- und Transsexuelle, linke Jugendliche und Andersdenkende machen deutlich, dass die Nazis wieder aktiver sind. Massiver Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie Sozialleistungen ist auch ein Abbau von Zukunftsperspektiven. Die Rechten geben scheinbar einfache Antworten: „Ausländer raus!“ oder „Deutsche Arbeit nur für Deut-

sche!“ CDU-CSU, SPD, Grüne und FDP schüren Rassismus mit ihrer ausländerfeindlichen Politik, um von der sozialen Misere abzulenken. Doch es ist kein türkischer Kollege, der die Betriebe schließt oder Arbeitnehmerinnen entlässt. Die wahren Schuldigen sitzen in den Chefetagen der Banken, Konzerne und in der Bundesregierung.

Die Scheinantworten der Faschisten müssen entlarvt werden!

Jugend gegen Rassismus in Europa-JRE steht für eine Massenmobilisierung im Kampf gegen Rassismus und Faschismus. Wir wollen die Bevölkerung auf die Lügen der Faschisten und auch auf die der Politiker aufmerksam machen und ihnen eine Alternative bieten. Diese Alternative heißt: Gemeinsamer Kampf gegen Nazis und für soziale Gerechtigkeit!

In diesem Zusammenhang organisierte JRE u.a. in Berlin einen Schülerstreik gegen Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich.

In Rostock organisierte JRE u.a. mehrere Aktionen gegen Atomkraft und nahm an einer Sitzblockade gegen die NPD teil.

JRE ist europaweit organisiert. So sind wir in Ländern wie Frankreich, Großbritannien, Österreich, Griechenland, Schweden und in Ländern der ehemaligen Sowjetunion vertreten. In Deutschland gibt es uns momentan in Dresden, Rostock und in Berlin.

JRE steht für: Kein Fußbreit den Rassisten und Faschisten. Breite öffentliche Mobilisierung gegen Aktionen der Nazis und rechte Parteien. Gemeinsamer Kampf von Ausländerinnen und Deutschen gegen Rassismus, Faschistüberfälle und Sozialabbau! Arbeit und Bildung für alle!

Werdet aktiv bei Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE! Kommt zu dem bundesweiten JRE-Treffen.

Wer diesen Termin verpasst hat, kann sich bei den angegebenen Adressen melden.

Bundesweites JRE-Treffen: 13.-14. Mai in Berlin

Ort: Falken-Jugendzentrum, Gutschmidstr. 31, U 7 Britz-Süd, Zeit: Samstag ab 14 Uhr, Sonntag ab 9 Uhr

JRE-Gruppen:

Dresden: jeden Donnerstag, 18.30 Uhr, „Stadteilhaus“, Dresden-Neustadt, Prießnitzstr. 18 im „Ya Basta“-Büro (1. Stock), e-mail: JREdresden@gmx.de

Rostock: jeden Freitag, 18 Uhr, im SAV-Büro, Augustenstr. 92 (hinter dem Penny-Markt, Eingang über Grüner Weg), Rostock-Innenstadt, e-mail: SAVrostock@aol.com, Tel. 0381-4996590

Berlin-Treptow: jeden Freitag, 18 Uhr, „Der Club“, Dregerhoffstr. 62 (Nahe S-Bahnhof Köpenick)

Berlin-Hellersdorf: jeden Dienstag, 17 Uhr, im PDS-Werk, Hellerstr./Albert-Kunz-Str. 62

Berlin-Prenzlauer Berg: jeden Freitag, 18 Uhr, Fehrbelliner Str. 92 (Nahe U-Bahn Luxemburg-Platz. Weitere Infos für Berlin: (030) 4408429

Nazi-Schläger unbehelligt von Justiz

Im 1. Quartal 2000 wurden in Deutschland 140 antisemitische und 428 andere rechtsextremistische Straftaten registriert. 76 Menschen wurden von den rechten Schlägern zum Teil erheblich verletzt.

Wie lax Polizei und Justiz reagieren zeigen folgende Zahlen: 460 Tatverdächtige wurden in Sachen rechtsextremistischer Straftaten ermittelt. Aber nur in acht Fällen erging Haftbefehl. Das heißt: 98 Prozent der Verdächtigen laufen frei herum.

